



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 11 · November 1999 · 54. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Revision der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999

Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 1998

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Seit Heft 1 · 99 auch auf
Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Revision der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999. Von <i>Dieter Blohm</i>	314
Sozialleistungen	
Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 1998. Von <i>Siegfried Than</i>	319
Gesundheitswesen	
Säuglingssterblichkeit 1998. Von <i>Gabriele Hofacker</i>	326
Sozialleistungen	
Asylbewerber in Hessen 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	330
Sozialpädagogische Familienhilfe 1998 gegenüber 1993 gestiegen. Von <i>Siegfried Than</i>	333
Daten zur Wirtschaftslage	335
Ganz kurz . . .	341
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	343
Arbeitsmarkt	343
Landwirtschaft	344
Verarbeitendes Gewerbe	344
Öffentliche Energieversorgung	344
Baugewerbe, Baugenehmigungen	345
Einzelhandel und Gastgewerbe	345
Außenhandel	346
Fremdenverkehr, Verkehr	346
Geld und Kredit	347
Preise	347
Steuern	348
Löhne und Gehälter	348
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 1999
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — URL: <http://www.hsl.de>

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 9,00 DM (Doppelheft 18,00 DM), Jahresabonnement 91,80 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 105,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt
Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
. = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

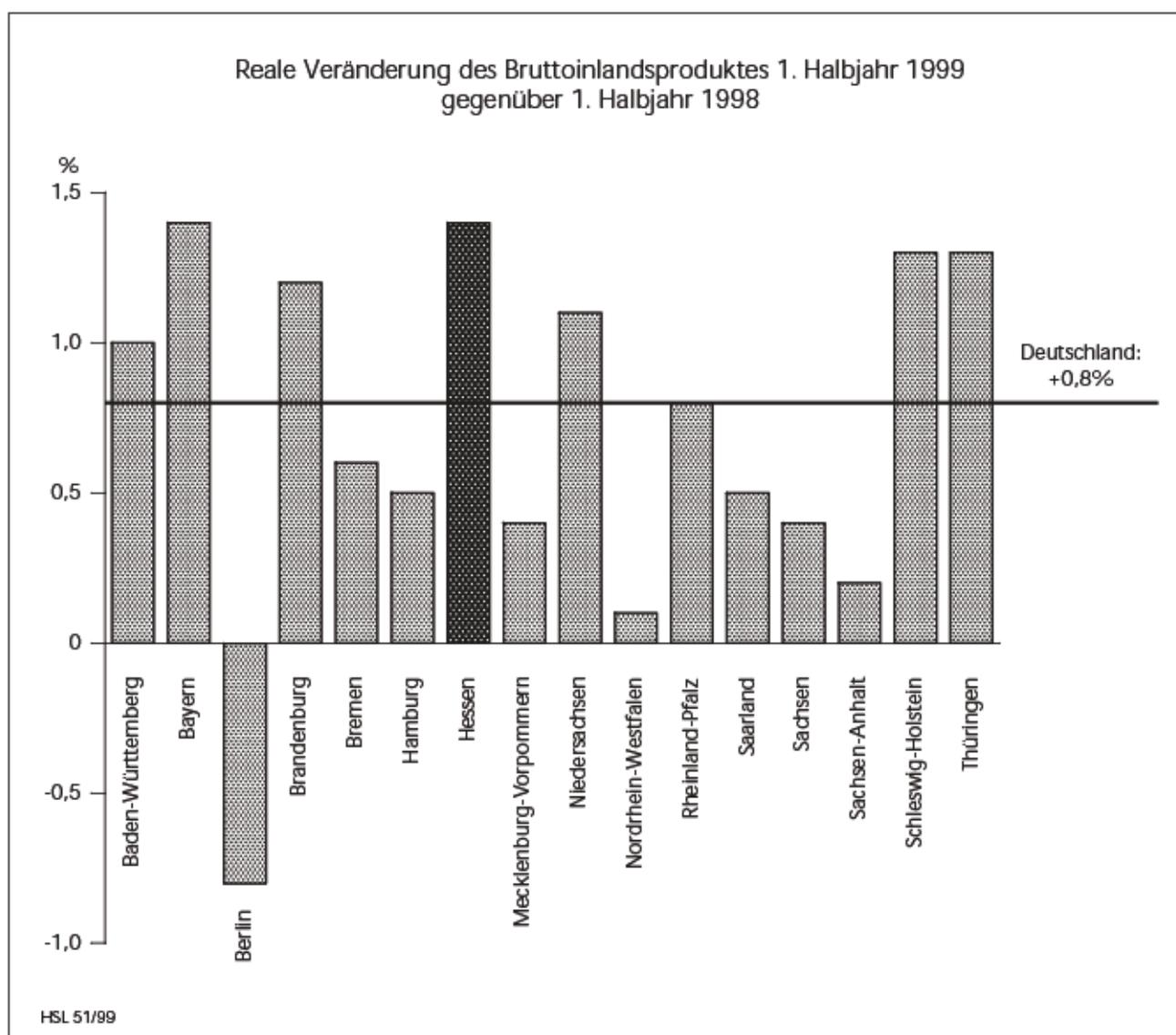
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

11 · 99

54. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Revision der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999

Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) müssen auf die Aggregate der entsprechenden nationalen Rechnungen abgestimmt werden, damit Kongruenz herrscht. Im föderal organisierten Deutschland obliegen die VGR für Gebietseinheiten unterhalb der Bundesebene dem Arbeitskreis VGR der Länder. Die vom Statistischen Bundesamt wahrgenommenen nationalen VGR fußen aus Gründen möglichst weltweiter Vergleichbarkeit auf methodischen und konzeptionellen Empfehlungen internationaler Organisationen. So ist das deutsche System nationaler und regionaler VGR auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) abgestimmt, das wiederum auf dem System of National Accounts (SNA 1993) der UNO aufbaut. Diese Systeme werden von Zeit zu Zeit dem wirtschaftlichen Wandel, dem (wirtschafts-) wissenschaftlichen Fortschritt und den erweiterten Möglichkeiten der basisstatistischen Materialien angepaßt. Das geschieht im Rahmen von in mehrjährigen Abständen stattfindenden Revisionen der nationalen und anschließenden regionalen VGR.

Herkömmliche Revisionsarbeiten

Bei den seit der letzten Revision zwischenzeitlich angefallenen statistischen Ausgangsmaterialien aus mehrjährigen Erhebungen und Großzählungen handelt es sich im wesentlichen um folgende Positionen:

- Handels- und Gaststättenzählung 1993,
- Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993,
- Gebäude- und Wohnungszählung 1995 (neue Länder),
- Handwerkszählung 1995,
- Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe 1996,
- vierteljährliche Kostenstrukturerhebung (vor allem Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Freie Berufe, Handwerk).

Die sofortige Verwendung der Ergebnisse dieser Sonderzählungen für die aktuellen Berechnungen würde in vielen Fällen zu Brüchen in den Zeitreihen führen. Um dies zu vermeiden, müssen die Ergebnisse für die Jahre zwischen zwei Großzählungsjahren ebenfalls angepaßt werden, was vom Aufwand her nur im Rahmen einer Revision möglich ist. Die für Pro-Kopf-Größen im Rahmen der VGR-Aggregate benötigten Erwerbstätigenzahlen mußten ebenfalls überarbeitet werden. Vor allem die schlecht dokumentierte geringfügige Beschäftigung litt an zunehmender Untererfassung. Die Preisbasis für Ergebnisse in konstanten Preisen wurde vom bisherigen Basisjahr 1991 auf 1995 umgestellt. Neben diesen immer wiederkehrenden, aus den Revisionsjahren 1957, 1960, 1970, 1977, 1982, 1985 und 1991 bekannten Revisionsarbeiten ist für die laufende Revision 1999 zusätzlich die Umstellung auf das neue ESVG 1995 vorzunehmen.

Umstellung auf das neue ESVG 1995

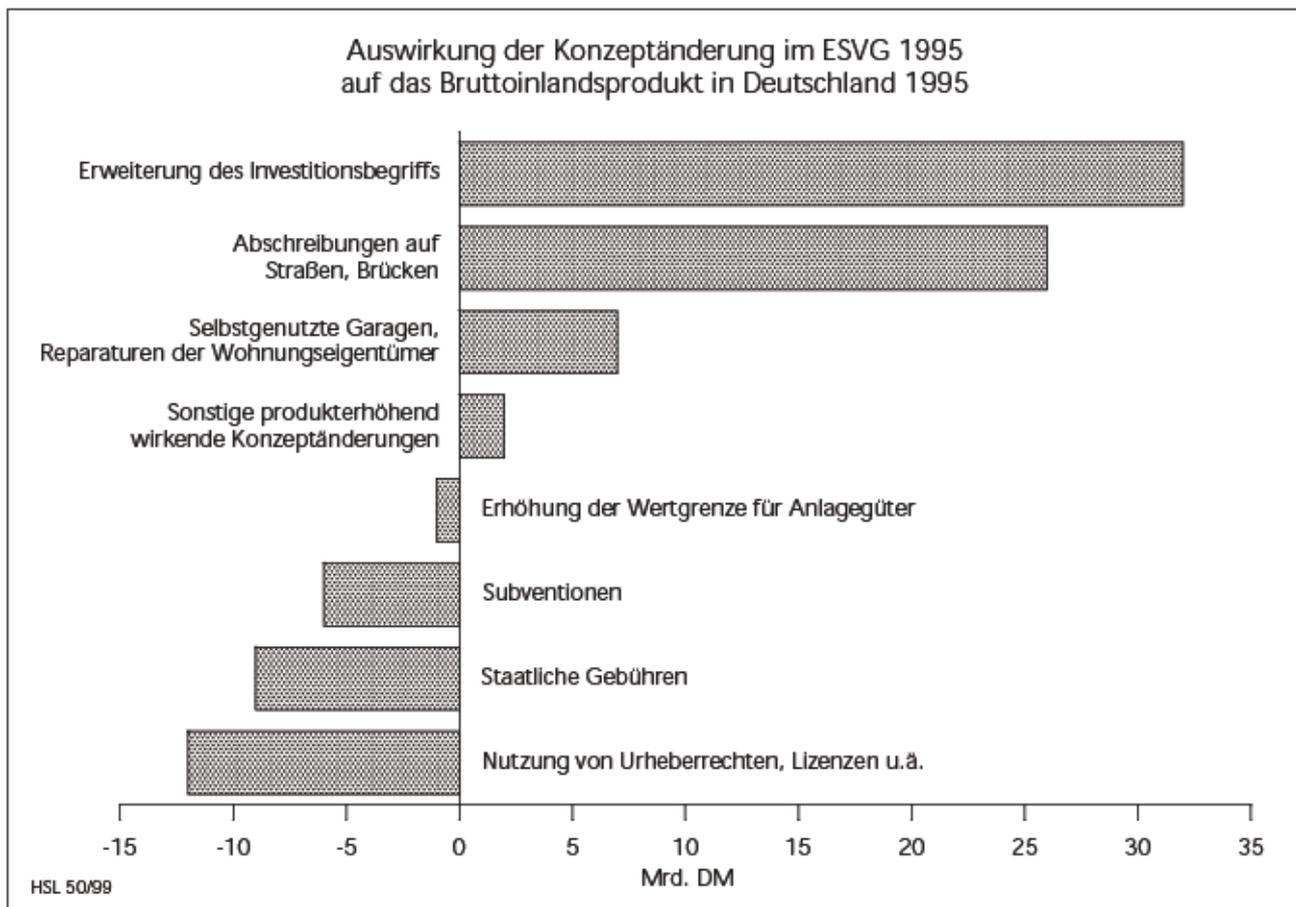
Die Notwendigkeit eines neuen ESVG wird im Vorwort der entsprechenden Fachserie des Statistischen Bundesamtes¹⁾

¹⁾ Vgl. Fachserie 18, Reihe S.20, Seite 7.

damit begründet, daß im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion die Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung für ihre Planungen und Entscheidungen sowie deren Erfolgskontrolle ein erweitertes Datenangebot benötigten. Zudem soll mit dem ESVG 1995 die Kohärenz, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der bisherigen volkswirtschaftlichen Daten gesteigert werden. Allerdings war auch das alte ESVG von 1970 sowie dessen überarbeitete 2. Auflage von 1979 schon als eine in sich geschlossene quantitative Beschreibung der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer konzipiert, mit einheitlichen Definitionen und Systematiken, um die Ausrichtung wirtschaftspolitischer Maßnahmen vorzubereiten sowie deren Überprüfung zu gewährleisten. Was dem alten ESVG in erster und zweiter Auflage allerdings fehlte, war die im Vorwort zum ESVG 1995 betonte „solide Rechtsgrundlage“, um eine „genaue Anwendung der ... beschriebenen Methodik zu gewährleisten“, weshalb das neue ESVG in Form einer Verordnung des Rates vom 25. Juni 1996 im Amtsblatt der EG veröffentlicht wurde. Deshalb hat das Statistische Bundesamt mit dem Übergang auf das ESVG 1995 konsequenterweise auch das „eigenständige deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ... aufgegeben“¹⁾.

Neue Klassifikationen und Systematiken, ...

Die Intensivierung der regionalen und globalen wirtschaftlichen Verflechtungen geht zwangsläufig Hand in Hand mit einem entsprechenden Ausbau der modernen Informations- und Kommunikationssysteme. Dazu gehören auch statistische Informationen über regionale und internationale Produktions- und Handelsverflechtungen. Die Vergleichbarkeit entsprechender Statistiken muß deshalb ebenfalls erhöht werden. Ansatzpunkt dafür sind die Klassifikationen und Systematiken zur sinnvollen Einordnung und Darstellung statistischer Daten als Grundvoraussetzung jeder statistischen Arbeit. Dazu hat die UNO ihre Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 3) einer dritten Revision unterzo-



Bausparkassen — zu einem niedrigeren Anteil an der Wertschöpfung des Kreditgewerbes. Der Rückgang der Wertschöpfung nivelliert sich allerdings von mehr als 4 Mrd. DM für 1992 auf weniger als 3 Mrd. DM in 1996. Neben diesem Aderlaß im Kreditgewerbe führten die Revisionsarbeiten aber auch zu höheren Wertschöpfungsergebnissen in einigen anderen Wirtschaftsbereichen, z.B. im Baugewerbe. Besonders zu nennen ist der Handel, wo der Handelszensus als Materialgrundlage durch die allen Stichprobenerhebungen immanenten Zufallsfehler und systematischen Fehler im Laufe der Zeit zu einer Untererfassung der diesbezüglichen hessischen Wertschöpfung in Milliardenhöhe geführt hatte. Insgesamt gleichen sich beim gegenwärtigen Stand der Revisionsarbeiten für das Jahr 1996 die Ab- und Zunahmen der Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen aus, so daß Hessens Anteil am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands unverändert bleibt.

... und neue Begriffe

Durch neue Konzepte und Klassifikationen, aber auch durch Präzisierungen und eine engere Anlehnung der deutschsprachigen Fassung an die englische Terminologie tauchen im ESVG 1995 viele neue Termini auf (siehe Übersicht). Da die deutschen VGR bisher — entgegen dem alten ESVG — noch mit einem umfassenden Unternehmenssektor operierte,

mußte dieser nun wegen des Verordnungscharakters des ESVG 1995 in die beiden Sektoren Finanzielle Kapitalgesellschaften und Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften aufgespalten werden. Beide neuen Begriffe sind wörtliche Übersetzungen der entsprechenden englischsprachigen Termini. Das Sozialprodukt, Ausgangspunkt für die Verteilungsrechnung der Einkommen, firmiert nun unter dem Begriff Nationaleinkommen. Dadurch kommt der Einkommenscharakter dieses Aggregats besser zum Ausdruck. Die Ersparnis als wichtiger Begriff der bisherigen Verwendungsrechnung hat den Charakter einer Bestandsgröße (Ersparnis zum Zeitpunkt X). Er paßte deshalb nicht so recht zum Stromgrößencharakter dieses Aggregats (Sparen pro Zeiteinheit) und wurde deshalb durch den Begriff Sparen ersetzt.

Verbleibende Probleme

Die Ratsverordnung zum ESVG 1995 verpflichtet zwar alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die VGR nach einheitlichen Konzepten und Systematiken zu erstellen, so daß die gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene europaweit vergleichbar sind. Diese Vergleichbarkeit ist allerdings nicht als Status quo zu verstehen, sondern als zukünftige Zielgröße, der die EU-Mitglieder durch das ESVG 1995 allerdings ein ganzes Stück nähergekommen sind. Das DIW weist z.B. auf „Proble-

Gegenüberstellung ausgewählter neuer und bisheriger Begriffe in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Neue Begriffe (ESVG 1995)	Bisherige Begriffe (national angewendet)
Finanzielle Kapitalgesellschaften	Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen + Kredit- und Versicherungshilftätigkeit (soweit Kapital- oder Quasi-Kapitalgesellschaften) + Zusatzversorgungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit + Produktionsunternehmen, die Quasi-Kapitalgesellschaften sind
Arbeitnehmerentgelt	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
Bruttolöhne und -gehälter	Bruttolohn- und -gehaltsumme
Betriebsüberschuß	Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der inländischen Sektoren - Entstandene Einkommen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
Selbständigeneinkommen	Entstandene Einkommen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
Primäreinkommen (= Nettonationaleinkommen)	Von Inländern empfangene Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (= Volkseinkommen) + Indirekte Steuern - Subventionen = Nettosozialprodukt (zu Marktpreisen)
Gewinnentnahmen	Teil aus Entnommene Gewinne (nur aus Quasi-Kapitalgesellschaften)
Pachteinkommen	Nettopachten (ohne Einkommen aus immateriellen Werten)
Bruttonationaleinkommen	Bruttosozialprodukt + Empfangene Subventionen aus der übrigen Welt - Geleistete Produktions- und Importabgaben an die übrige Welt
Exporte	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen - Unterstellte Ausfuhr von Warengold
Importe	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen
Konsumausgaben, Konsum	Letzter Verbrauch
Konsumausgaben der privaten Haushalte der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck des Staates	Käufe der inländischen privaten Haushalte (ohne Nettozugang an Wertsachen) Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck Privater Verbrauch Staatsverbrauch
Individualkonsum	Käufe der inländischen privaten Haushalte (ohne Nettozugang an Wertsachen) + Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck = Privater Verbrauch + soziale Sachleistungen des Staates
Kollektivkonsum	Staatsverbrauch - soziale Sachleistungen des Staates
Sparen	Ersparnis
Bruttoinvestitionen	Bruttoinvestitionen
Bruttoanlageinvestitionen	Bruttoanlageinvestitionen + Nettozugang an zivil nutzbaren militärischen Ausrüstungen und Bauten + Nettozugang an Suchbohrungen, Computerprogrammen, Urheberrechten (immaterielle Anlageinvestitionen)
Vorratsveränderungen	Vorratsveränderungen + Heranwachsende Pflanzen (einschl. Bäume) - Ernte und Holzeinschlag
Nettozugang an Wertsachen	+ Teil aus Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (Gold) + Teil aus Käufe der inländischen privaten Haushalte (Bankenprovisionen für Goldverkäufe)
Produktions- und Importabgaben - Subventionen = Nettoproduktionsabgaben	Indirekte Steuern - Subventionen
Gütersteuern	Nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben und Teil aus Produktionssteuern
Einkommen- und Vermögenssteuern	Direkte Steuern

me durch die unterschiedliche Qualität der Primärstatistiken³⁾ hin. Hier ist an Divergenzen beim wirtschaftsstatistischen Ausgangsmaterial hinsichtlich Total-versus Stichprobenerhebung, Unterschiede beim Stichprobenumfang oder

Abschneidegrenzen, Qualitätsunterschiede der benutzten Register, Erhebungen mit Auskunftspflicht oder auf freiwilliger Basis und dergleichen zu denken.

Bei der vollen konzeptionellen Vergleichbarkeit der einzelnen VGR-Aggregate — eines der Hauptanliegen des ESVG 1995 — fehlt es auch noch an manchen Details. Das Statisti-

3) Vgl. DW-Wochenbericht 20/99, Seite 1.

sche Bundesamt stellt deshalb im Zusammenhang mit dem um immaterielle Anlagegüter erweiterten Investitionsbegriff fest: „Eine präzise Definition von Software und großen Datenbanken ist im ESVG 1995 nicht enthalten“⁴⁾. Entsprechendes gilt auch für bestimmte Probleme bei der Deflationierung der Wertschöpfung. Das ESVG 1995 weist zwar in einem Kapitel über Preis- und Volumenmessung darauf hin, daß sich qualitative Änderungen der Merkmale eines Erzeugnisses im Zeitablauf in Preisänderungen niederschlagen, aber in eine entsprechende Volumenänderung umgerechnet werden müssen, um die reine Preismessung und Deflationierung nicht zu verzerrern. Wie das aber methodisch konsequent über die gesamte Waren- und Dienstleistungspalette aller EU-Volkswirtschaften zu bewerkstelligen ist, darüber gibt das ESVG 1995 keine Auskunft. Zum Thema Deflationierung der unterstellten Gebühren für Bankdienstleistungen sowie Versicherungsdienstleistungen räumt das ESVG dann auch ein, daß sich diese einer direkten Erfassung entziehen, „so daß deren Preis- und Volumenänderung nur vereinbarungsgemäß mit groben Hilfslösungen gemessen werden können“. Diese Hilfslösungen sind nicht nur grob, sondern auch so heterogen, daß nun im Oktober 1999 eine dazu einberufene Task Force über die Preis- und Volumenmessung im Abschnitt Kredit- und Versicherungsgewerbe zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Die Empfehlung einer bestmöglichen Deflationierungsmethode für diesen Abschnitt wird deshalb noch etwas auf sich warten lassen.

Hessen beim Wirtschaftswachstum Spitze

Wie bereits erwähnt, wurde die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für das erste Halbjahr 1999 erstmals nach dem ESVG 1995 vorgenommen. Mit einem Zuwachs von 1,4 % beim realen Bruttoinlandsprodukt konnten sich Hessen und Bayern im ersten Halbjahr 1999 an die Spitze der 16 Bundesländer setzen. Das weisen die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder erstellten, noch vorläufigen Ergebnisse der Halbjahresrechnung aus. Das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum blieb im Berichtszeitraum gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 um mehr als einen halben Prozentpunkt hinter dem der beiden Spitzenreiter zurück. Auf den weiteren Plätzen folgten Schleswig-Holstein und Thüringen (jeweils + 1,3 %) sowie Brandenburg

4) Vgl. Fachserie 18, Reihe S.20, Seite 12.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Bundesländern
(Zu- bzw. Abnahme (-) im 1. Hj. 1999 gegenüber dem 1. Hj. 1998 in %)

Land/Gebiet	Bruttoinlandsprodukt		darunter Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe	
	nominal	real	nominal	real
Baden-Württemberg	2,6	1,0	0,9	0,5
Bayern	2,8	1,4	0,8	0,7
Berlin	0,8	- 0,8	- 1,7	- 1,5
Brandenburg	2,0	1,2	3,5	3,7
Bremen	0,7	0,6	- 1,8	- 1,6
Hamburg	1,7	0,5	- 1,2	- 1,1
Hessen	2,1	1,4	- 5,5	- 5,2
Mecklenburg-Vorpommern	1,4	0,4	5,3	5,4
Niedersachsen	2,2	1,1	1,7	1,7
Nordrhein-Westfalen	1,3	0,1	- 2,8	- 2,3
Rheinland-Pfalz	1,9	0,8	- 2,9	- 2,3
Saarland	1,9	0,5	- 0,4	0,0
Sachsen	1,5	0,4	1,8	1,8
Sachsen-Anhalt	1,1	0,2	0,3	1,0
Schleswig-Holstein	2,7	1,3	1,1	1,3
Thüringen	2,3	1,3	5,7	5,8
Deutschland	2,0	0,8	- 0,6	- 0,5
darunter nachrichtlich:				
Alte Bundesländer				
ohne Berlin	2,1	0,9	- 0,8	- 0,8
einschl. Berlin	2,0	0,8	- 0,9	- 0,8
Neue Bundesländer				
ohne Berlin	1,6	0,7	3,0	3,1
einschl. Berlin	1,4	0,3	1,7	1,9

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

(+ 1,2 %). Am unteren Ende der Skala rangierten Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,4 %), Sachsen-Anhalt (+ 0,2 %) und Nordrhein-Westfalen (+ 0,1 %). Berlin wies sogar ein schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt auf (- 0,8 %).

Getragen wurde das hessische Wirtschaftswachstum von weiten Teilen des Dienstleistungssektors. Hier sind die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr zu nennen. Aber auch das Baugewerbe wies eine deutlich überdurchschnittliche Entwicklung auf. Dem stand eine gravierende Schrumpfung der Wertschöpfung im übrigen Produzierenden Gewerbe gegenüber.

In jeweiligen Preisen gemessen stieg das Bruttoinlandsprodukt — umfassender Indikator für die wirtschaftliche Leistung — in Hessen im ersten Halbjahr 1999 um 2,1 % (Deutschland: 2,0 %). □

Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 1998

Im vergangenen Jahr wurden in Hessen für 2270 Kinder und Jugendliche vorläufige Schutzmaßnahmen getroffen, fast ausschließlich in Form der Inobhutnahme. 45 % dieser Hilfen betrafen ausländische Minderjährige, vor allem wegen der „unbegleiteten Einreise aus dem Ausland“. Jedes dritte Kind lebte vorher bei einem Elternteil. Drei Zehntel der Hilfemaßnahmen erfolgten auf eigenen Wunsch der Betroffenen, vier Zehntel wurden durch soziale Dienste oder Jugendämter angeregt. Neun Zehntel der Kinder waren während der Schutzmaßnahmen in Heimen untergebracht. Fast die Hälfte der Hilfen dauerte länger als zwei Wochen, ein Viertel war aber bereits nach ein oder zwei Tagen beendet. Überforderung der Eltern oder eines Elternteils war der häufigste Anlaß für die Inobhutnahme. Zwei Fünftel der Kinder und Jugendlichen waren vorher ausgerissen. 6 % wurden an einem jugendgefährdenden Ort festgestellt. Zwei Fünftel der Schutzmaßnahmen erfolgten in Frankfurt, vor allem infolge der „unbegleiteten Einreise aus dem Ausland“ über den Rhein-Main-Flughafen.

Vorläufige Schutzmaßnahmen sind die Inobhutnahme gemäß § 42 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und die Herausnahme von Kindern und Jugendlichen nach § 43 KJHG. Die Inobhutnahme ist die vorläufige Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen bei einer geeigneten Person, in einer Einrichtung (Heim oder Pflegefamilie) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform zum Schutze von Kindern und Jugendlichen. Bei der Inobhutnahme ist die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts herbeizuführen, wenn der Personensorge- oder Erziehungsberechtigte der Inobhutnahme widerspricht. Die Herausnahme eines Kindes oder Jugendlichen aus einer Pflegestelle oder aus einer Einrichtung erfolgt ohne Zustimmung des Personensorgeberechtigten, wenn Gefahr für das Wohl des Kindes oder Jugendlichen besteht. Gegebenenfalls ist die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts herbeizuführen. Aus dieser Statistik sollen Erkenntnisse über die strukturelle Zusammensetzung des Personenkreises der Kinder und Jugendlichen gewonnen werden, denen wegen problematischer Lebensverhältnisse vom Jugendamt oder einem kooperierenden freien Träger Obhut gewährt wird.

45 % der Schutzmaßnahmen für ausländische Kinder und Jugendliche

Im vergangenen Jahr wurden rund 2270 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern in Obhut genommen oder es erfolgte eine Herausnahme aus ihrer bisherigen Unterbringung (nur elf Fälle in 1998). Ausländer hatten mit 1020 oder 45 % relativ großes Gewicht gegenüber den Deutschen mit 1250 oder 55 %. Dieser hohe Ausländeranteil ist vor allem auf die fast 400 Fälle von „unbegleiteter Einreise aus dem Ausland“, in erster Linie von 14- bis unter 16-jährigen Jugendlichen, zurückzuführen. Rechnet man diese Sonderfälle heraus, so kämen auf 67 Schutzmaßnahmen für deutsche Kinder 33 für ausländische Kinder¹⁾.

¹⁾ Da es sich nur um elf Fälle der Herausnahme handelt, wird der Vereinfachung halber nur noch von Inobhutnahme gesprochen, wobei die elf Fälle der Herausnahme enthalten sind.

8 % mehr Schutzmaßnahmen bei deutschen Jugendlichen als 1997

1998 wurden fast 100 oder 8 % mehr Schutzmaßnahmen bei den Deutschen gemeldet als 1997. Demgegenüber nahmen die Inobhutnahmen von ausländischen Minderjährigen um 100 oder 9 % ab, zum Teil durch den Rückgang der „unbegleiteten Einreise aus dem Ausland“ um 20 Fälle.

Drei Zehntel der Kinder und Jugendlichen, die 1998 vom Jugendamt in Obhut genommen wurden, lebten vor der Maßnahme bei den Eltern. 22 % hielten sich vor der Hilfe bei einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater auf, 14 % bei einem Elternteil mit Stiefeltern oder Partner. Damit lebten 36 % der untergebrachten Kinder und Jugendlichen bei einem Elternteil. 7 % waren in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform untergebracht, jeweils rund 2 % bei den Großeltern und Verwandten, in einer Pflegefamilie oder bei einer sonstigen Person. 5 % der Kinder und Jugendlichen hatten keine feste Unterkunft, und bei 15 % war der Aufenthalt vor der Hilfe unbekannt, vor allem bei der „unbegleiteten Einreise aus dem Ausland“.

Der Anteil der männlichen Kinder und Jugendlichen, die in Obhut genommen wurden, lag mit 52,6 % nur wenig über ihrem Anteil an allen unter 18jährigen Personen (51,3 %). Fast zwei Fünftel der Schutzmaßnahmen betrafen Jugendliche im Alter von 14 bis unter 16 Jahren, wobei dieser Anteil bei den Personen männlichen Geschlechts mit 42 % noch höher als bei den Mädchen dieser Altersgruppe (37 %) lag. Ein Viertel der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren junge Menschen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren. Demgegenüber waren die Anteile der übrigen Altersgruppen deutlich niedriger.

Sieben Zehntel der Inobhutnahmen erfolgten durch Ordnungskräfte

In sieben Zehnteln der Maßnahmen wurden die Kinder und Jugendlichen durch Ordnungskräfte in Obhut genom-

Kinder und Jugendliche in Inobhutnahme 1998 nach persönlichen Merkmalen, Aufenthalt vor und Unterbringung während der vorläufigen Schutzmaßnahme sowie Art der Maßnahme

Art der Angabe	Insgesamt	Inobhutnahme			Herausnahme	davon (Sp. 1) Unterbringung während der Maßnahme		
		zusammen	auf eigenen Wunsch	durch andere Stellen oder Personen angeregt		bei einer geeigneten Person	in einer Einrichtung	in einer sonstigen betreuten Wohnform
Nach Geschlecht und Altersgruppen								
Männlich	1 195	1 191	264	927	4	97	1 055	43
davon								
unter 3 Jahre	58	57	—	57	1	29	29	—
3 bis unter 6 Jahre	61	61	—	61	—	14	45	2
6 bis unter 9 Jahre	53	52	2	50	1	10	41	2
9 bis unter 12 Jahre	79	79	12	67	—	16	61	2
12 bis unter 14 Jahre	190	190	24	166	—	9	172	9
14 bis unter 16 Jahre	498	497	119	378	1	17	460	21
16 bis unter 18 Jahre	256	255	107	148	1	2	247	7
Weiblich	1 078	1 071	372	699	7	118	929	31
davon								
unter 3 Jahre	65	63	—	63	2	33	29	3
3 bis unter 6 Jahre	48	48	—	48	—	17	30	1
6 bis unter 9 Jahre	43	42	5	37	1	15	26	2
9 bis unter 12 Jahre	64	64	10	54	—	14	48	2
12 bis unter 14 Jahre	165	163	51	112	2	9	152	4
14 bis unter 16 Jahre	396	395	153	242	1	18	371	7
16 bis unter 18 Jahre	297	296	153	143	1	12	273	12
Insgesamt	2 273	2 262	636	1 626	11	215	1 984	74
davon								
unter 3 Jahre	123	120	—	120	3	62	58	3
3 bis unter 6 Jahre	109	109	—	109	—	31	75	3
6 bis unter 9 Jahre	96	94	7	87	2	25	67	4
9 bis unter 12 Jahre	143	143	22	121	—	30	109	4
12 bis unter 14 Jahre	355	353	75	278	2	18	324	13
14 bis unter 16 Jahre	894	892	272	620	2	35	831	28
16 bis unter 18 Jahre	553	551	260	291	2	14	520	19
Nach der Staatsangehörigkeit								
Deutsch	1 252	1 242	380	862	10	162	1 054	36
Nichtdeutsch	1 021	1 020	256	764	1	53	930	38
Nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme								
Bei den Eltern	719	719	282	437	—	77	625	17
Bei einem Elternteil mit Stiefel- elternanteil oder Partner	318	318	104	214	—	43	259	16
Bei alleinerziehendem Elternteil	497	497	122	375	—	81	408	8
Bei Großeltern/Verwandten	36	36	13	23	—	3	30	3
In einer Pflegefamilie	43	39	8	31	4	6	36	1
Bei einer sonstigen Person	37	34	7	27	3	2	35	—
In einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	158	155	27	128	3	—	157	1
In einer Wohngemeinschaft	5	5	1	4	—	—	5	—
In eigener Wohnung	5	4	1	3	1	—	4	1
Ohne feste Unterkunft	107	107	43	64	—	2	101	4
An unbekanntem Ort	348	348	28	320	—	1	324	23

men, weil eine Gefährdung für das Wohl des Kindes oder Jugendlichen vorlag, während in drei Zehnteln der Fälle die Schutzmaßnahmen auf eigenen Wunsch wegen Gefährdung ihres Wohls in der bisherigen Unterbringung erfolgten. Von den Mädchen nahmen 35 % auf eigenen Wunsch die Schutzmaßnahme in Anspruch, während dieser Anteil bei den Jungen mit 22 % deutlich niedriger lag. Mit zunehmendem Alter stieg erwartungsgemäß der Anteil der Inobhutnahme auf eigenen Wunsch. So wurde fast der Hälfte der Jugendlichen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren diese Hilfe auf eigenen Wunsch gewährt. Diesbe-

züglich gab es aber auch deutliche Unterschiede bei der Untergliederung der Ergebnisse nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme. Am höchsten war der Anteil der Jungen und Mädchen, die auf eigenen Wunsch in Obhut genommen wurden, bei denjenigen, die ohne feste Unterkunft waren (40 %) und die sich vorher bei den Eltern aufhielten (39 %), gefolgt von denen mit Aufenthalt bei einem Elternteil mit Stiefel- oder Partner (33 %). Kinder und Jugendliche, die vor der Schutzmaßnahme bei einem alleinerziehenden Elternteil lebten, nahmen zu einem Viertel die Hilfe auf eigenen Wunsch in Anspruch.

Kinder und Jugendliche in Inobhutnahme 1998 nach persönlichen Merkmalen und Anregendem der vorläufigen Schutzmaßnahme

Art der Angabe	Insgesamt	Maßnahme wurde angeregt durch							
		Kind/ Jugend- lichen selbst	Eltern/ Elternteil	soziale Dienste/ Jugendamt	Polizei/ Ordnungs- behörde	Lehrer/in, Erzieher/ her/in	Arzt/ Ärztin	Nachbarn/ Verwandte	Sonstige
Nach Geschlecht und Altersgruppen									
Männlich	1 195	264	98	499	233	20	20	25	36
davon									
unter 3 Jahre	58	—	13	24	6	—	8	4	3
3 bis unter 6 Jahre	61	—	9	29	10	1	3	5	4
6 bis unter 9 Jahre	53	2	6	28	10	3	—	2	2
9 bis unter 12 Jahre	79	12	8	28	16	7	—	2	6
12 bis unter 14 Jahre	190	24	23	91	41	5	1	1	4
14 bis unter 16 Jahre	498	119	25	223	112	2	3	7	7
16 bis unter 18 Jahre	256	107	14	76	38	2	5	4	10
Weiblich	1 078	372	70	365	151	24	16	28	52
davon									
unter 3 Jahre	65	—	7	34	9	1	4	4	6
3 bis unter 6 Jahre	48	—	6	24	6	—	3	5	4
6 bis unter 9 Jahre	43	5	8	15	5	4	1	4	1
9 bis unter 12 Jahre	64	10	3	29	14	2	1	3	2
12 bis unter 14 Jahre	165	51	10	63	21	8	1	4	7
14 bis unter 16 Jahre	396	153	27	127	61	4	3	5	16
16 bis unter 18 Jahre	297	153	9	73	35	5	3	3	16
Insgesamt	2 273	636	168	864	384	44	36	53	88
davon									
unter 3 Jahre	123	—	20	58	15	1	12	8	9
3 bis unter 6 Jahre	109	—	15	53	16	1	6	10	8
6 bis unter 9 Jahre	96	7	14	43	15	7	1	6	3
9 bis unter 12 Jahre	143	22	11	57	30	9	1	5	8
12 bis unter 14 Jahre	355	75	33	154	62	13	2	5	11
14 bis unter 16 Jahre	894	272	52	350	173	6	6	12	23
16 bis unter 18 Jahre	553	260	23	149	73	7	8	7	26
Nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsch	1 252	380	152	403	192	26	26	22	51
Nichtdeutsch	1 021	256	16	461	192	18	10	31	37

Neun Zehntel der Kinder während der Schutzmaßnahmen in Heimen untergebracht

Fast 2000 oder knapp neun Zehntel der Kinder und Jugendlichen wurden im Rahmen der Inobhutnahme in Heimen untergebracht, 9 % bei einer geeigneten Person und 3 % in einer sonstigen betreuten Wohnform. Mädchen waren häufiger als Jungen und deutsche öfter als ausländische Kinder bei einer geeigneten Person untergebracht. Bei der Unterteilung nach der Art des Aufenthalts vor der Schutzmaßnahme läßt sich feststellen, daß Kinder von alleinerziehenden Elternteilen mit 16 % am weitaus häufigsten bei einer geeigneten Person untergebracht wurden, während bei Kindern, die vorher bei den Eltern lebten, diese Quote mit einem Zehntel ungefähr dem Mittelwert entsprach.

Zwei Fünftel der Maßnahmen durch soziale Dienste oder Jugendämter angeregt

Im vergangenen Jahr wurden 38 % der Schutzmaßnahmen durch soziale Dienste oder Jugendämter und 17 % durch Polizei oder Ordnungsbehörden angeregt. Wie bereits oben ausgeführt, wurden weitere 28 % der Inobhutnahmen auf

Wunsch der Minderjährigen getroffen. 7 % der Hilfemaßnahmen erfolgten auf Anregung der Eltern bzw. eines Elternteils. Die restlichen 10 % der Schutzmaßnahmen wurden auf Anregung von Nachbarn und Verwandten, eines Lehrers oder einer Erzieherin, eines Arztes oder einer sonstigen Person getroffen. Zwischen den Geschlechtern bestanden deutliche Unterschiede. Bei den Jungen war der Anteil der Anregung durch soziale Dienste oder Ordnungsbehörden höher als bei Mädchen. Dagegen war „der eigene Wunsch“ bei Mädchen häufiger anzutreffen als bei Jungen. Die Anregung zur Hilfe durch soziale Dienste oder das Jugendamt war bei den ausländischen Minderjährigen mit 45 % weitaus häufiger als bei den deutschen mit 32 %. Dagegen wurde bei 12 % der deutschen Kinder, aber nur bei 2 % der ausländischen Kinder die Inobhutnahme durch Eltern oder ein Elternteil angeregt.

Bei Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren wurde die Inobhutnahme am häufigsten durch soziale Dienste und Jugendämter angeregt. Dagegen erfolgte bei den 16- bis unter 18-jährigen Jugendlichen die Schutzmaßnahme vor allem auf Wunsch der Betroffenen selbst; so betrug der Anteil der Schutzmaßnahmen, die durch den Jugendlichen angeregt wurden, in dieser Altersgruppe 47 %.

Kinder und Jugendliche in Inobhutnahme 1998 nach persönlichen Merkmalen, Aufenthalt vor der vorläufigen Schutzmaßnahme, Art der Maßnahme und ihrer Beendigung

Art der Angabe	Insgesamt	Maßnahme endete mit					
		Rückkehr zu dem/der Personen-sorgeberechtigten	Rückkehr in die Pflegefamilie oder das Heim	Übernahme durch ein anderes Jugendamt	Einleitung erzieherischer Hilfen außerhalb des Elternhauses	sonstiger stationärer Hilfe	keiner anschließenden Hilfe
Nach Geschlecht und Altersgruppen							
Männlich	1 195	307	55	57	349	159	268
davon							
unter 3 Jahre	58	24	—	3	26	5	—
3 bis unter 6 Jahre	61	36	—	2	19	2	2
6 bis unter 9 Jahre	53	35	—	—	13	2	3
9 bis unter 12 Jahre	79	27	2	4	20	12	14
12 bis unter 14 Jahre	190	54	4	11	58	27	36
14 bis unter 16 Jahre	498	82	33	18	147	66	152
16 bis unter 18 Jahre	256	49	16	19	66	45	61
Weiblich	1 078	441	44	36	309	106	142
davon							
unter 3 Jahre	65	35	—	4	23	2	1
3 bis unter 6 Jahre	48	26	4	2	12	4	—
6 bis unter 9 Jahre	43	17	2	1	17	3	3
9 bis unter 12 Jahre	64	38	—	—	15	8	3
12 bis unter 14 Jahre	165	71	4	6	52	11	21
14 bis unter 16 Jahre	396	156	19	14	117	37	53
16 bis unter 18 Jahre	297	98	15	9	73	41	61
Insgesamt	2 273	748	99	93	658	265	410
davon							
unter 3 Jahre	123	59	—	7	49	7	1
3 bis unter 6 Jahre	109	62	4	4	31	6	2
6 bis unter 9 Jahre	96	52	2	1	30	5	6
9 bis unter 12 Jahre	143	65	2	4	35	20	17
12 bis unter 14 Jahre	355	125	8	17	110	38	57
14 bis unter 16 Jahre	894	238	52	32	264	103	205
16 bis unter 18 Jahre	553	147	31	28	139	86	122
Nach der Staatsangehörigkeit							
Deutsch	1 252	482	67	47	370	150	136
Nichtdeutsch	1 021	266	32	46	288	115	274
Nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme							
Bei den Eltern	719	362	—	26	171	59	101
Bei einem Elternteil mit Stief- elternnteil oder Partner	318	151	—	4	114	30	19
Bei alleinerziehendem Elternteil	497	234	—	18	151	55	39
Bei Großeltern/Verwandten	36	—	7	3	12	5	9
In einer Pflegefamilie	43	1	18	7	6	9	2
Bei einer sonstigen Person	37	—	—	5	10	8	14
In einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	158	—	74	12	13	30	29
In einer Wohngemeinschaft	5	—	—	—	1	2	2
In eigener Wohnung	5	—	—	—	1	—	4
Ohne feste Unterkunft	107	—	—	8	13	33	53
An unbekanntem Ort	348	—	—	10	166	34	138

Die Hälfte der Minderjährigen kehrte wieder zu den Eltern zurück

Im vergangenen Jahr kehrte die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, die vor der Maßnahme bei den Eltern gelebt hatten, nach der Inobhutnahme wieder zu den Eltern zurück. Bei Minderjährigen, die vorher bei einem Elternteil gewohnt hatten, lag die Rückkehrquote mit 47 % etwas niedriger. Die Einleitung erzieherischer Maßnahmen außerhalb des Elternhauses war bei den Kindern, die sich vor der Maßnahme bei einem Elternteil mit Stiefelternnteil aufhielten, mit 36 % relativ häufig. Fast jedes zweite Kind, das vorher in einem Heim ge-

lebt hatte, kehrte ebenfalls wieder in die entsprechende Einrichtung zurück.

Von den 2270 Kindern mit Inobhutnahme insgesamt wurden bei drei Zehnteln erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses eingeleitet, das heißt die Unterbringung in einer Pflegefamilie, einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform. 12 % brauchten sonstige stationäre Hilfe, zum Beispiel in einem Krankenhaus (einschließlich Psychiatrie) oder einer Rehabilitationseinrichtung. 4 % der Kinder wurden von einem anderen Jugendamt übernommen. Bei 18 % der Minderjährigen kam es zu „keiner anschließenden Hilfe“ im Rah-

men der Jugendhilfe. Hierzu gehören auch die Jugendlichen, die sich eigenmächtig aus der Unterbringung im Rahmen der vorläufigen Schutzmaßnahme entfernt haben, so daß unbekannt ist, ob sich eine Hilfe anschließt. Dies gilt auch bei der Übergabe an die Polizei, Zu- oder Rückführung an eine Jugendvollzugsanstalt und die Abschiebung ins Ausland.

Ein Viertel der Schutzmaßnahmen dauerte nur ein oder zwei Tage, fast die Hälfte aber länger als zwei Wochen

Der Charakter der Krisenbewältigung dieser vorläufigen Schutzmaßnahmen wird auch daraus ersichtlich, daß 16 % der Hilfen bereits nach einem Tag und 8 % nach zwei Tagen beendet waren. Weitere 15 % der Inobhutnahmen waren nach drei bis sechs Tagen und ebenfalls 15 % nach ein bis zwei Wochen abgeschlossen. Viele der problematischen Situationen ließen sich allerdings nicht so rasch klären. So dauerten 46 % der Hilfen länger als zwei Wochen. Die Schutzmaßnahmen waren für deutsche Kinder und Jugendliche etwas länger als für Nichtdeutsche. So brauchte jeder zweite Deutsche mehr als zwei Wochen Schutz im Rahmen der Jugendhilfe, bei den ausländischen Kindern und Jugendlichen betrug dieser Anteil nur zwei Fünftel.

Überforderung der Eltern oder Elternteile häufigster Anlaß der Inobhutnahme

Bei den deutschen Kindern und Jugendlichen war die Überforderung der Eltern oder eines Elternteils mit zwei Fünfteln der häufigste Anlaß für die Inobhutnahme. Symptome hierfür sind vielfältige Formen individueller und sozialer Not, Erziehungsunsicherheit oder -unfähigkeit der Eltern (insbesondere in problemanfälligen Lebensphasen ihrer Kinder), starke Beanspruchung berufstätiger Eltern, psychische Auffälligkeiten oder Erkrankungen der Eltern oder der Kinder, Gewalt in der Familie und anderes mehr.

Es folgten Beziehungsprobleme mit gut einem Viertel. Beziehungsprobleme können im Erziehungsgeschehen zwischen Kind und Eltern, im Verhältnis der Eltern zueinander oder im Verhalten zur sozialen Umwelt allgemein auftreten. Vernachlässigung des Kindes oder Jugendlichen war bei 13 % ursächlich. Vernachlässigung kann sowohl das körperliche als auch das psychische Wohl des Kindes betreffen. Zu letzterem zählen zum Beispiel die unzureichende Gesprächsbereitschaft der Erwachsenen, die nur geringe Neigung, sich auf die Gefühlswelt der Kinder einzulassen, und die Mißachtung kindlicher Bedürfnisse. Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie sowie Schul- oder Ausbildungsprobleme, hierunter fallen insbesondere individuell bedingte Lern- und Leistungsschwierigkeiten, waren mit jeweils 6 % Anlaß für die Inobhutnahme.

Anzeichen für sexuellen Mißbrauch waren in 5 % der Fälle Anlaß für Schutzmaßnahmen. Anzeichen für Kindesmiß-

handlung wurden bei 4 % und Delinquenz des Kindes/Straftat des Jugendlichen sowie Suchtprobleme des Kindes/Jugendlichen bei jeweils 3 % der Inobhutnahme angegeben. Mit Kindesmißhandlung in Familien sind alle situativen psychischen und physischen Gewaltanwendungen gegen Kinder gemeint, die entweder körperliche Verletzungen zur Folge haben oder im Kind existenzbedrohende Angstgefühle hervorrufen. Unter Delinquenz des Kindes/Straftat des Jugendlichen fällt sowohl das delinquente Verhalten von Kindern unter 14 Jahren als auch die Straftat des Jugendlichen (das 14. Lebensjahr ist bereits vollendet).

Trennung oder Scheidung der Eltern und Wohnungsprobleme waren Anlaß für jeweils 2 % der Schutzmaßnahmen. Wohnungsprobleme umfassen unzureichende Wohnverhältnisse, Nichtseßhaftigkeit bzw. Obdachlosigkeit. Außerdem wurden noch bei jeder vierten Inobhutnahme sonstige Probleme genannt. Hierbei ist zu beachten, daß bis zu zwei Problemgruppen angegeben werden konnten.

Am relativ stärksten war die Überforderung der Alleinerziehenden und der Elternteile mit Stiefelternteil oder Partner; bei jedem zweiten Elternteil, dessen Kinder in Obhut kamen, wurde Überforderung des Elternteils angegeben. Bei den Eltern betrug dieser Anteil immerhin noch 45 %. Beziehungsprobleme waren beim Aufenthalt bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner (34 %) weitaus häufiger als im Gesamtdurchschnitt. Auch Vernachlässigung des Kindes (13 %) war bei diesem Haushaltstyp weitaus häufiger als im Durchschnitt aller Aufenthaltsarten. Anzeichen für sexuellen Mißbrauch waren bei Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen von Elternteilen mit Stiefelternteil oder Partner mit 10 % relativ häufig. Bei Kindern und Jugendlichen mit vorläufigen Schutzmaßnahmen, die vorher in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform gelebt hatten, waren zu gut der Hälfte (54 %) Integrationsprobleme in der Einrichtung Anlaß für die Hilfe.

Bei den ausländischen Kindern und Jugendlichen war fast bei zwei Fünfteln „unbegleitete Einreise aus dem Ausland“ der Anlaß für die vorläufige Schutzmaßnahme. Wenn der Aufenthaltsort vor der Maßnahme nicht bekannt war, handelte es sich in über vier Fünfteln der Fälle um die Einreise eines ausländischen Jugendlichen ohne Begleitung durch die Eltern oder ein Elternteil. Ohne diese Fälle weicht die Struktur der Anlässe für die Schutzmaßnahmen der ausländischen Kinder und Jugendlichen nur teilweise von der der deutschen ab. Überforderung der Eltern bzw. der Elternteile und Beziehungsprobleme wurden bei den Deutschen häufiger als bei den Ausländern genannt. Dagegen waren Delinquenz des Kindes und die Straftat des Jugendlichen bei Ausländern relativ häufiger Anlaß für eine Inobhutnahme als bei Deutschen.

Zwischen den Geschlechtern gab es einige signifikante Unterschiede der Inobhutnahme. Beziehungsprobleme waren bei den Mädchen mit drei Zehnteln aller Schutzmaßnahmen fast

Kinder und Jugendliche in Inobhutnahme 1998 nach persönlichen Merkmalen, Aufenthalt vor der vorläufigen Schutzmaßnahme und Anlaß der Maßnahme

Art der Angabe	Ins-gesamt ¹⁾	darunter nach dem Anlaß der Maßnahme ²⁾								
		Integra-tions-probleme im Heim/ Pflege-familie	Überfor-derung der Eltern/ eines Elternteils	Schul-/ Aus-bildungs-problem	Ver-nach-lässigung	Delin-quenz des Kindes/ Straftat des Jugend-lichen	Anzeichen für Kindes-miß-handlung	Anzeichen für sexuellen Miß-brauch	unbe-gleitete Einreise aus dem Ausland	Bezie-hungs-probleme
Nach Geschlecht und Altersgruppen										
Männlich	1 195	67	345	44	92	55	39	16	322	137
davon										
unter 3 Jahre	58	—	29	—	21	—	3	—	—	2
3 bis unter 6 Jahre	61	—	23	—	19	—	7	5	1	4
6 bis unter 9 Jahre	53	—	19	1	14	1	1	4	6	3
9 bis unter 12 Jahre	79	—	25	—	9	2	15	3	11	5
12 bis unter 14 Jahre	190	5	61	9	8	8	13	4	53	23
14 bis unter 16 Jahre	498	38	100	17	11	26	—	—	221	58
16 bis unter 18 Jahre	256	24	88	17	10	18	—	—	30	42
Weiblich	1 078	52	396	40	108	17	42	56	75	328
davon										
unter 3 Jahre	65	—	34	—	21	—	7	—	—	4
3 bis unter 6 Jahre	48	1	12	—	18	—	3	1	1	1
6 bis unter 9 Jahre	43	1	14	1	14	—	3	9	5	2
9 bis unter 12 Jahre	64	—	16	1	12	—	9	8	4	11
12 bis unter 14 Jahre	165	5	69	6	17	4	20	10	15	47
14 bis unter 16 Jahre	396	17	153	22	20	8	—	15	37	154
16 bis unter 18 Jahre	297	28	98	10	6	5	—	13	13	109
Insgesamt	2 273	119	741	84	200	72	81	72	397	465
davon										
unter 3 Jahre	123	—	63	—	42	—	10	—	—	6
3 bis unter 6 Jahre	109	1	35	—	37	—	10	6	2	5
6 bis unter 9 Jahre	96	1	33	2	28	1	4	13	11	5
9 bis unter 12 Jahre	143	—	41	1	21	2	24	11	15	16
12 bis unter 14 Jahre	355	10	130	15	25	12	33	14	68	70
14 bis unter 16 Jahre	894	55	253	39	31	34	—	15	258	212
16 bis unter 18 Jahre	553	52	186	27	16	23	—	13	43	151
Nach der Staatsangehörigkeit										
Deutsch	1 252	78	513	70	167	38	49	57	—	334
Nichtdeutsch	1 021	41	228	14	33	34	32	15	397	131
Nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme										
Bei den Eltern	719	—	323	36	61	17	40	23	64	196
Bei einem Elternteil mit Stief-eltern- teil oder Partner	318	—	156	19	42	6	19	32	3	109
Bei alleinerziehendem Elternteil	497	—	246	14	83	9	16	13	7	97
Bei Großeltern/Verwandten	36	2	4	2	3	2	3	—	—	8
In einer Pflegefamilie	43	28	2	6	1	3	2	1	—	12
Bei einer sonstigen Person	37	1	4	2	1	3	—	2	3	9
In einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	158	85	3	2	6	9	1	1	5	13
In einer Wohngemeinschaft	5	—	—	—	—	—	—	—	—	1
In eigener Wohnung	5	1	1	—	1	—	—	—	—	—
Ohne feste Unterkunft	107	1	1	2	2	15	—	—	23	17
An unbekanntem Ort	348	1	1	1	—	8	—	—	284	3

1) Ohne Mehrfachzählungen. — 2) Für jedes Kind oder Jugendlichen konnten bis zu zwei Anlässe der Maßnahme angegeben werden.

drei mal so häufig wie bei den Jungen. Auch Überforderung der Eltern oder eines Elternteils wurde bei Mädchen mit 37 % öfter als bei Jungen mit 29 % genannt. Anzeichen für sexuellen Mißbrauch waren bei Mädchen mit 5 % ebenfalls häufiger als bei Jungen mit 1 %. Demgegenüber kam die „unbegleitete Einreise aus dem Ausland“ bei den männlichen Minderjährigen mit 27 % weitaus öfter vor als bei den Mädchen mit 7 %. Vergehen des Kindes und Straftat des Jugendlichen waren bei Jungen mit 5 % häufiger als bei Mädchen mit 2 %.

Zwei Fünftel der Kinder und Jugendlichen vorher ausgerissen

Zwei Fünftel der Kinder und Jugendlichen wurden nach Ausreißen aus der Familie, einem Heim oder einem sonstigen Aufenthaltsort in Obhut genommen. Wenn die Kinder und Jugendlichen vorher in einem Heim gelebt hatten, war sogar in sieben Zehnteln der Fälle ein Ausreißen der Inobhutnahme vorausgegangen. Bei Ausreißern handelte es sich vor allem

um Jugendliche im Alter von 14 bis unter 16 Jahren (45 %) sowie um Minderjährige im Alter von 16 bis unter 18 Jahren (34 %).

Fast die Hälfte der Minderjährigen am jugendgefährdenden Ort nachts festgestellt

Rund 140 oder 6 % der Kinder und Jugendlichen mit Inobhutnahme wurden vor der Maßnahme an einem jugendgefährdenden Ort festgestellt. Hierzu zählen Vergnügungsbetriebe bzw. Vergnügungsplätze, die der weiblichen oder männlichen Prostitution, dem illegalen Drogenhandel und dergleichen dienen. Fast die Hälfte der Minderjährigen, die sich an einem jugendgefährdenden Ort aufhielten, waren 14 bis unter 16 Jahre alt, jeweils ein Sechstel 12 bis unter 14 Jahre bzw. 16 bis unter 18 Jahre. Fast die Hälfte dieser Minderjährigen wurden nachts und in den frühen Morgenstunden (zwischen 21.00 und 8.00 Uhr) an einem jugendgefährdenden Ort festgestellt, ein Drittel am Tage (zwischen 8.00 und 17.00 Uhr)

und fast ein Fünftel in den frühen Abendstunden (zwischen 17.00 und 21.00 Uhr).

Gut zwei Fünftel aller Schutzmaßnahmen in Frankfurt

Fast drei Viertel aller vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche erfolgten im Reg.-Bez. Darmstadt, darunter zwei Fünftel in der Stadt Frankfurt am Main. Dieser außerordentlich hohe Anteil ist vor allem auf die große Zahl der Jugendlichen zurückzuführen, die aus dem Ausland ohne Begleitung einer erwachsenen Person über den Rhein-Main-Flughafen einreisten, aber möglicherweise auch auf die besondere Anziehungskraft von Frankfurt auf ausgerissene Jugendliche. Rechnet man die „unbegleitete Einreise aus dem Ausland“ heraus, bleibt der Anteil der Schutzmaßnahmen in der Stadt Frankfurt am Main mit drei Zehnteln aller Maßnahmen ohne die Sonderfälle immer noch überdurchschnittlich hoch. □

Säuglingssterblichkeit 1998

Die Säuglingssterblichkeit in Hessen ist seit 1970 deutlich gesunken. Die Säuglingssterblichkeit zeigt das Risiko im ersten Lebensjahr zu sterben, auf, indem sie die Zahl der in einem Jahr gestorbenen Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene bezieht. Während 1970 die Sterbeziffer noch bei 23,7 lag, reduzierte sie sich bis 1997 auf den bisher niedrigsten Wert von 4,5 und stieg 1998 leicht auf 4,8. Die Säuglingssterblichkeit war damit im Jahr 1970 nahezu fünfmal höher als 1998. Im Jahr 1998 starben in Hessen 293 Säuglinge vor der Vollen- dung des ersten Lebensjahres. Mit einer Sterbeziffer von 4,8 lag die Säuglingssterblichkeit leicht über dem Bundesdurchschnitt (4,7).

Im folgenden werden für das Jahr 1998 Daten aus der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geborene, Gestorbene unter einem Jahr), der Todesursachenstatistik und der sogenannten "Sonderauswertung Säuglingssterblichkeit", bei der die Sterbefallzählkarten der im ersten Lebensjahr Gestorbenen mit den entsprechenden Geburtenzählkarten zusammengeführt werden, näher betrachtet¹⁾.

Für eine differenzierte Analyse der Säuglingssterblichkeit ist eine Untergliederung des ersten Lebensjahres notwendig. Die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr wird eingeteilt in

- die Frühsterblichkeit (Sterbefälle in den ersten 7 Lebens- tagen),
- die Spätsterblichkeit (Sterbefälle im Alter von 7 Tagen bis unter 28 Tagen) und
- die Nachsterblichkeit (Sterbefälle im Alter von 28 Tagen bis unter einem Jahr).

Rund 40 % aller Sterbefälle während des ersten Lebensjahres ereigneten sich innerhalb der ersten Woche nach der Geburt. Unter den 117 Säuglingen, die die erste Woche nicht überlebten, waren allein 61, die noch innerhalb der ersten 24 Stunden starben. 48 Säuglinge (16,4 %) starben im Alter von 7 Tagen bis unter 28 Tagen und 128 (43,7 %) im Alter von 28 Tagen bis unter einem Jahr.

Deutlicher Rückgang der Frühsterblichkeit

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit bis zum Jahr 1998 ist im wesentlichen auf die positive Entwicklung der sogenannten Frühsterblichkeit zurückzuführen. Während die Frühsterblichkeit 1970 noch bei 16,7 lag, sank sie bis 1998 nahezu kontinuierlich auf 1,9, den bisher niedrigsten Wert. Der Anteil

der Frühsterblichkeit an der Säuglingssterblichkeit betrug 39,9 %, 1970 waren es noch 70,6 %. Der niedrigste Anteil wurde jedoch im Jahr 1991 mit 37,9 % erreicht und stieg danach bis 1997 mit Schwankungen auf 49,5 %.

Als besonders kritisch innerhalb der ersten Lebenswoche gilt der erste Tag. 1998 starben 61 Säuglinge innerhalb der ersten 24 Stunden, d.h. einer von 1000 Säuglingen überlebten den ersten Lebenstag nicht.

Spätsterblichkeit weiterhin auf niedrigem Niveau

48 Säuglinge überlebten 1998 den Zeitraum zwischen dem achten und dem 28. Lebenstag nicht. Mit 0,8 Gestorbenen auf 1000 Lebendgeborene erreichte die Spätsterblichkeit den bisher zweitniedrigste Wert. Der höchste Wert seit 1970 lag bei 2,7 (in den Jahren 1971 und 1974). Da das Niveau der Spätsterblichkeit schon immer verhältnismäßig niedrig war, hat sie die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit bisher am wenigsten beeinflusst.

Nachsterblichkeit gesunken, aber 1998 leicht gestiegen

Mit 128 gestorbenen Säuglingen bzw. einer Sterbeziffer von 2,1 Gestorbenen je 1000 Lebendgeborenen hat sich die Nachsterblichkeit gegenüber 1970 reduziert. Ihr Anteil an der Säuglingssterblichkeit ist jedoch im Beobachtungszeitraum, wenn auch schwankend und mit Höhepunkt im Jahr 1989 mit 47,8 %, gestiegen. 1970 betrug er 21,5 %, 1998 lag er bei 43,7 %; dies wurde vor allem – wie bereits aufgezeigt – durch die Entwicklung der Frühsterblichkeit beeinflusst.

Während die Frühsterblichkeit vor allem überwiegend durch Vorsorgemaßnahmen während der Schwangerschaft und die medizinische Überwachung während und unmittelbar nach der Geburt beeinflusst wird, dürften die Ursachen für die Nachsterblichkeit eher im familiären Umfeld des Säuglings sowie in der medizinischen und insbesondere der sozialen Betreuung der Familie liegen.

Perinatale Sterblichkeit geht weiter zurück

Neben den genannten Ziffern der Früh-, Spät- und Nachsterblichkeit stellt die perinatale Sterblichkeit eine weitere wichtige Kennziffer bei der Betrachtung des Geburtsrisikos dar. Sie bezieht die Zahl der Totgeborenen und die in der ersten Lebens- woche gestorbenen Säuglinge auf 1000 Lebend- und Totge- borene. Seit 1970 ist die perinatale Sterblichkeit stark zurück- gegangen, und zwar von 26,4 auf 5,2 im Jahr 1993. Im Jahr 1994 stieg die perinatale Sterblichkeit auf 6,3, bedingt durch eine Definitionsänderung der Totgeburten zum 1. April 1994²⁾. Danach gelten alle Kinder, die kein Lebenszeichen ge- zeigt haben und deren Gewicht mindestens 500 g betrug, als Totgeborene. Davor lag die Gewichtsgrenze bei 1000 g. 1998 erreichte die perinatale Sterblichkeit mit 5,6 einen neuen

*) Tel.: 0611/3802-208 · E-Mail: ghofacker@hsl.de

1) Die Daten der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die der Todesursachenstatistik weichen geringfügig voneinander ab.

2) Zum 1. April 1994 wurde die Abgrenzung zwischen Totgeburt und Fehlge- burt neu definiert (Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Änderung des Personenstandsgesetzes vom 24. März 1994 (BGBl. I S. 621).

Geborene und Gestorbene Säuglinge sowie Sterbeziffern 1970 bis 1998 nach der Lebensdauer
 (Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung)

Jahr	Geborene			Gestorbene Säuglinge					Sterbeziffern					Jahr	
	insgesamt	davon		insgesamt	davon				Totgeborenrate ²⁾	Perinatale Sterblichkeit ³⁾	auf 1000 Lebendgeborene				
		Lebendgeborene ¹⁾	Totgeborene ¹⁾		in den ersten 7 Lebenstagen	darunter in den ersten 24 Stunden	nach dem 7. bis einschl. 28. Lebenstag	nach dem 28. Lebenstag bis einschl. 12. Lebensmonat			Säuglingssterblichkeit (im 1. Lebensjahr Gestorbene)	Frühsterblichkeit (in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene)	Spätsterblichkeit (nach dem 7. bis einschl. 28. Lebenstag Gestorbene)		Nachsterblichkeit (nach dem 28. Lebenstag bis einschl. 12. Lebensmonat Gestorbene)
1970	70 147	69 455	692	1 644	1 160	595	131	353	9,9	26,4	23,7	16,7	1,9	5,1	1970
1971	67 640	67 037	603	1 607	1 081	538	181	345	8,9	24,9	24,0	16,1	2,7	5,1	1971
1972	61 042	60 521	521	1 394	931	464	150	313	8,5	23,8	23,0	15,4	2,5	5,2	1972
1973	55 964	55 503	461	1 224	779	387	136	309	8,2	22,2	22,1	14,0	2,5	5,6	1973
1974	55 534	55 077	457	1 186	730	364	149	307	8,2	21,4	21,5	13,3	2,7	5,6	1974
1975	53 580	53 176	404	1 025	609	298	113	303	7,5	18,9	19,3	11,5	2,1	5,7	1975
1976	53 540	53 126	414	870	467	226	118	285	7,7	16,5	16,4	8,8	2,2	5,4	1976
1977	52 058	51 703	355	710	364	185	83	263	6,8	13,8	13,7	7,0	1,6	5,1	1977
1978	51 492	51 139	353	715	371	188	81	263	6,9	14,1	14,0	7,3	1,6	5,1	1978
1979	52 166	51 854	312	719	373	180	112	234	6,0	13,1	13,9	7,2	2,2	4,5	1979
1980	54 836	54 535	301	610	290	137	80	240	5,5	10,8	11,2	5,3	1,5	4,4	1980
1981	54 398	54 132	266	580	267	127	90	223	4,9	9,8	10,7	4,9	1,7	4,1	1981
1982	54 274	54 015	259	533	229	115	66	238	4,8	9,0	9,9	4,2	1,2	4,4	1982
1983	51 099	50 860	239	504	229	111	58	217	4,7	9,2	9,9	4,5	1,1	4,3	1983
1984	50 058	49 844	214	466	203	105	71	192	4,3	8,3	9,3	4,1	1,4	3,9	1984
1985	49 890	49 682	208	463	201	83	57	205	4,2	8,2	9,3	4,0	1,1	4,1	1985
1986	52 798	52 587	211	424	178	84	70	176	4,0	7,4	8,1	3,4	1,3	3,3	1986
1987	55 012	54 814	198	373	161	69	61	151	3,6	6,5	6,8	2,9	1,1	2,8	1987
1988	57 838	57 643	195	425	165	74	53	207	3,4	6,2	7,4	2,9	0,9	3,6	1988
1989	59 020	58 803	217	431	167	73	58	206	3,7	6,5	7,3	2,8	1,0	3,5	1989
1990	62 238	62 026	212	387	149	71	56	182	3,4	5,8	6,2	2,4	0,9	2,9	1990
1991	61 526	61 324	202	377	143	70	59	175	3,3	5,6	6,1	2,3	1,0	2,9	1991
1992	61 353	61 148	205	357	140	76	63	154	3,3	5,6	5,8	2,3	1,0	2,5	1992
1993	61 787	61 610	177	369	142	75	43	184	2,9	5,2	6,0	2,3	0,7	3,0	1993
1994	60 801	60 565	236	329	145	91	46	138	3,9	6,3	5,4	2,4	0,8	2,3	1994
1995	60 113	59 858	255	276	120	69	47	109	4,2	6,2	4,6	2,0	0,8	1,8	1995
1996	62 669	62 391	278	297	128	69	52	117	4,4	6,5	4,8	2,1	0,8	1,9	1996
1997	63 396	63 124	272	283	140	74	44	99	4,3	6,5	4,5	2,2	0,7	1,6	1997
1998	60 793	60 567	226	293	117	61	48	128	3,7	5,6	4,8	1,9	0,8	2,1	1998

1) Im Rahmen der amtlichen Bevölkerungsstatistik werden als Lebendgeborene alle Kinder gezählt, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Kinder, bei denen sich keines der oben genannten Merkmale des Lebens gezeigt hat, deren Geburtsgewicht jedoch mindestens 500 Gramm (bis 31.03.1994: 1000 g) beträgt, werden als Totgeborene registriert. Leibesfrüchte unter 500 Gramm, die kein Lebenszeichen zeigten, gelten als Fehlgeburt; sie werden statistisch nicht erfaßt. — 2) Totgeborene auf 1000 Lebend- und Totgeborene. — 3) Totgeborene und in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene auf 1000 Lebend- und Totgeborene.

Lebendgeborene, Totgeborene und gestorbene Säuglinge sowie Sterbeziffern¹⁾ 1998 nach dem Geburtsgewicht
(Daten aus der Sonderauswertung „Säuglingssterblichkeit“)

Geburtsgewicht in Gramm	Lebendgeborene		Totgeborene		Gestorbene Säuglinge		Totgeborene und in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene		Totgeborene Säuglinge auf 1000 Lebend- geborene	Gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebend- geborene	Totgeborene und in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene auf 1000 Lebend- und Totgeborene
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Sterbeziffern		
Unter 500	12	0,0	—	—	10	3,4	8	2,3	—	833,3	666,7
500 bis unter 1 000	220	0,4	71	31,3	76	25,9	118	34,2	244,0	345,5	405,5
1 000 bis unter 1 500	389	0,6	34	15,0	29	9,9	49	14,2	80,4	74,6	115,8
1 500 bis unter 2 000	771	1,3	21	9,3	17	5,8	29	8,4	26,5	22,0	36,6
2 000 bis unter 2 500	2 448	4,0	30	13,2	25	8,5	41	11,9	12,1	10,2	16,5
2 500 bis unter 3 000	9 344	15,4	28	12,3	43	14,6	39	11,3	3,0	4,6	4,2
3 000 bis unter 3 500	22 096	36,5	19	8,4	49	16,7	27	7,8	0,9	2,2	1,2
3 500 bis unter 4 000	18 487	30,5	15	6,6	26	8,8	18	5,2	0,8	1,4	1,0
4 000 oder mehr	6 702	11,1	6	2,6	13	4,4	9	2,6	0,9	1,9	1,3
Ohne Angaben	98	0,2	3	1,3	6	2,0	7	2,0	29,7	61,2	69,3
Insgesamt	60 567	100,0	227	100,0	294	100,0	345	100,0	3,7	4,9	5,7
davon											
unter 2 500	3 840	6,3	156	68,7	157	53,4	245	71,0	39,0	40,9	61,3
2 500 oder mehr	56 629	93,5	68	30,0	131	44,6	93	27,0	1,2	2,3	1,6

1) Im Rahmen der amtlichen Bevölkerungsstatistik werden als Lebendgeborene alle Kinder gezählt, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Kinder, bei denen sich keines der oben genannten Merkmale des Lebens gezeigt hat, deren Geburtsgewicht jedoch mindestens 500 Gramm (bis 31.03.1994: 1000 g) beträgt, werden als Totgeborene registriert. Leibesfrüchte unter 500 Gramm, die kein Lebenszeichen zeigten, gelten als Fehlgeburt; sie werden statistisch nicht erfaßt.

Tiefstwert. Die insgesamt rückläufige Entwicklung der perinatalen Sterblichkeit ist zum einen auf den deutlichen Rückgang der Frühsterblichkeit und zum anderen auf die Abnahme der Totgeborenenrate zurückzuführen.

Hohes Sterberisiko für untergewichtige Säuglinge

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem Geburtsgewicht der Säuglinge und deren Mortalität. Von den Kindern, die 1998 lebend geboren wurden, hatten nur 232 oder 0,4 % ein Geburtsgewicht von weniger als 1000 g. Die Überlebenschance dieser extrem untergewichtigen Kinder ist relativ gering. 86 dieser Säuglinge, also rund 37 %, vollendeten das erste Lebensjahr nicht. Dabei lag die Sterbeziffer von Säuglingen mit einem Geburtsgewicht von 500 bis unter 1000 g bei 346 Gestorbenen auf 1000 Lebendgeborene dieser Gewichtsklasse. 64 % der Sterbefälle von Kindern unter 1000 g ereigneten sich bereits innerhalb der ersten sieben Lebenstage, während von den Säuglingssterbefällen insgesamt nur 40 % auf die erste Lebenswoche entfielen.

Mit einem erheblichen Risiko behaftet sind auch noch Kinder mit einem Geburtsgewicht zwischen 1000 und 1500 g. Im Jahr 1998 starben 29 der 389 Säuglinge dieser Gewichtsgruppe, die Sterbeziffer lag hier bei 75. Mit zunehmendem Geburtsgewicht nahm die Sterbeziffer deutlich ab und er-

reichte mit 1,4 den niedrigsten Wert bei einem Gewicht von 3500 bis unter 4000 g. Ab einem Geburtsgewicht von 4000 g stieg das Risiko wieder leicht an. Jedoch sollte berücksichtigt werden, daß aufgrund niedriger Fallzahlen der Aussagewert eingeschränkt ist.

Die vorliegenden Zahlen zeigen, daß die Säuglingssterblichkeit in hohem Maße von untergewichtigen Lebendgeborenen bestimmt wurde. Inwieweit eine Verringerung der Zahl der bei der Geburt untergewichtigen Kinder — und somit eine Reduzierung der Säuglingssterblichkeit — in Zukunft möglich sein wird, scheint jedoch fraglich, da schon seit Jahren der Anteil der Lebendgeborenen mit einem Geburtsgewicht unter 1000 g mit 0,2 bis 0,4 % nahezu unverändert blieb.

Plötzlicher Kindstod bei jedem siebten gestorbenen Säugling Todesursache

Betrachtet man im folgenden die einzelnen Erkrankungen, die den Tod der Säuglinge herbeiführten, so zeigt sich, daß folgende Todesursachen³⁾ am häufigsten von den Ärzten angegeben wurden

- Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer und niedrigem Geburtsgewicht (ICD 10: P07),
- angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien (ICD 10: Q00–Q99) und
- plötzlicher Kindstod (ICD 10: R95).

3) Die Klassifizierung der Todesursachen erfolgt seit 1. Januar 1998 nach der sogenannten ICD 10 (International Classification of Diseases and Related Health Problems, Tenth Revision, WHO). Die Übersetzung ins Deutsche erfolgte durch das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information, Köln (DIMDI) (Internationale Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision).

Gestorbene Säuglinge 1998 nach ausgewählten Todesursachen
(Daten aus der Sonderauswertung „Säuglingssterblichkeit“)

ICD-10	Todesursache	Anzahl	%	Auf 1000 Lebendgeborene
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	8	2,7	0,13
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	1	0,3	0,02
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer und niedrigem Geburtsgewicht	86	29,3	1,42
P20-P21	Intrauterine Hypoxie, Asphyxie unter der Geburt	6	2,0	0,99
P22	Atemnot beim Neugeborenen	—	—	—
P50-P54	Hämorrhagische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	1	0,3	0,02
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	83	28,2	1,40
	darunter			
Q00-Q18	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems, des Auges, des Ohres, des Gesichtes und des Halses	9	3,1	0,15
Q20-Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	32	10,9	0,53
Q30-Q45	Angeborene Fehlbildungen des Atmungs- und Verdauungssystems	8	2,7	0,13
Q60-Q89	Angeborene Fehlbildungen des Harnsystems	14		0,23
Q90-Q99	Chromosomenanomalien	20	6,8	0,33
R95	Plötzlicher Kindstod	42	14,3	0,69
W75-W84	Sonstige unfallbedingte Gefährdung der Atmung	3	1,0	0,05
	Sonstige Todesursachen	64	21,8	10,56
	Alle Todesursachen	294	100	4,85

72 % aller Säuglingssterbefälle sind auf diese Diagnosen zurückzuführen.

Im folgenden wird auf einen Vergleich zu den Vorjahren wegen der Umstellung der Todesursachenstatistik auf die ICD 10 ab dem Jahr 1998 verzichtet.

An erster Stelle der Todesursachen von Säuglingen standen im Jahr 1998 Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer und niedrigem Geburtsgewicht. Hierzu zählen u. a. Frühgeburt und Unreife. Knapp 30 % der Säuglingssterbefälle war auf eine solche Erkrankung zurückzuführen. Die Sterbeziffer für diese Todesursachengruppe betrug 1,4 auf 1000 Lebendgeborene. 71 % der Todesfälle ereignete sich innerhalb des ersten Lebensmonates, davon rund die Hälfte innerhalb der ersten sieben Lebenstage nach der Geburt.

Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien stellten die zweithäufigste Todesursachen-

gruppe bei den Säuglingssterbefällen dar. Bei 83 der 294 gestorbenen Kinder im Alter von unter einem Jahr wurde im Jahr 1998 dadurch der Tod herbeigeführt. Dies entsprach einem Anteil von 28,2 % an allen Todesursachen. 1998 führten angeborene Fehlbildungen bei einem von 1000 Lebendgeborenen zum Tod im ersten Lebensjahr. Anomalien des Kreislaufsystems und Chromosomenanomalien sind hier die größten Untergruppen. Rund 62 % der Säuglinge mit angeborenen Fehlbildungen starben bereits im ersten Lebensmonat.

Der Plötzliche Kindstod war mit 42 Fällen (14,3 %) die am dritthäufigsten genannte Todesursache. Beim plötzlichen Kindstod handelt es sich um den unerwarteten und plötzlichen Tod eines 'anscheinend' gesunden Säuglings, bei dem sich keine andere Todesursache feststellen läßt. 1998 kamen auf 1000 Lebendgeborene 0,7 gestorbene Säuglinge mit dieser Diagnose. 91 % dieser Sterbefälle ereigneten sich nach dem 28. Lebenstag bis einschließlich 12. Lebensmonat. □

Asylbewerber in Hessen 1998

Ende 1998 erhielten in Hessen 47 350 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das waren fast 6000 oder 11 % weniger als ein Jahr zuvor und — trotz der Einbeziehung der Bürgerkriegsflüchtlinge ab Mitte 1997 — die wenigsten Empfänger seit der Einführung der Statistik im Jahr 1994. Während bei fast allen Herkunftsländern die Empfängerzahl rückläufig war, hat sie sich für Rest-Jugoslawien nochmals um fast 600 Personen auf knapp 9600 erhöht. Trotzdem blieb die Türkei mit 10 300 Personen das bedeutendste Herkunftsland. Obwohl die rückläufige Entwicklung bei den Frauen weniger ausgeprägt war als bei den Männern, blieben letztere mit einem Anteil von gut 55 % immer noch überrepräsentiert, wenn auch lange nicht mehr so wie 1994 mit damals über 60 %. Ebenfalls besonders häufig vertreten waren unter den Asylbewerbern Minderjährige mit einem Anteil von 41 %. Daher war das Durchschnittsalter mit weniger als 24 Jahren auch deutlich niedriger als das der Gesamtbevölkerung. Innerhalb des Landes sind die Empfängerzahlen in den meisten Verwaltungsbezirken ebenfalls zurückgegangen. Leichtere Zunahmen wurden für Frankfurt am Main und drei Landkreise gemeldet, eine erhebliche für den Rheingau-Taunus-Kreis.

11 % weniger Leistungsbezieher als im Vorjahr

Am Jahresende 1998 wurden in Hessen 47 350 Personen gezählt, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhielten. Diese Empfänger von Regelleistungen werden in der Folge verkürzt als „Asylbewerber“ bezeichnet,

Regelleistungsempfänger von 1994 bis 1998 nach Geschlecht

Jahr ¹⁾	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Zu- bzw. Abn. (-) in %	Anzahl	%	Anzahl	%
1994	48 135	—	29 346	61,0	18 789	39,0
1995	52 116	8,3	30 659	58,8	21 457	41,2
1996	49 956	- 4,1	28 714	57,5	21 242	42,5
1997	53 335	6,8	29 598	55,5	23 737	44,5
1998	47 354	- 11,2	26 195	55,3	21 159	44,7

1) Jeweils am Jahresende; seit 1997 einschl. Bürgerkriegsflüchtlingen.

obwohl ab Mitte 1997 auch Bürgerkriegsflüchtlinge in den Leistungsbereich des AsylbLG einbezogen wurden¹⁾. Ihnen standen damit ebenfalls nur noch dessen niedrigere Leistungen anstelle der bis dahin üblichen vollen Sozialhilfesätze zu. Weil also

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkropmel@hsl.de

1) „Erstes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I. S. 1130).

2) Vgl.: „Zur Neuordnung der Sozialhilfestatistiken und zur Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 49. Jahrg., Heft 11, November 1994, S. 338.

der Kreis der Leistungsberechtigten ausgedehnt wurde, ist ein Vergleich mit den Daten von 1996 und früher nur eingeschränkt möglich. Die insgesamt eher rückläufige Entwicklung seit der Neuregelung des Asylrechts im Jahr 1994²⁾ setzte sich jedoch im Jahr 1998 fort. So hat sich die Zahl der Empfänger gegenüber dem Vorjahr — als aus dem zuvor genannten Grund mit über 53 300 Personen die bisher meisten „Asylbewerber“ ermittelt worden waren — rechnerisch um fast 6000 Personen oder um gut 11 % verringert. Gerade diese außergewöhnlich hohe Abnahme, die letztlich dazu führte, daß die Empfängerzahl noch um rund 800 niedriger lag als Ende 1994 beim Start der Asylbewerberleistungsstatistik, dürfte nicht unwesentlich mit der Einbeziehung der Bürgerkriegsflüchtlinge zusammenhängen. Ein großer Teil dieses Personenkreises, speziell aus Bosnien-Herzegowina, konnte nämlich im Laufe des letzten Jahres in die Heimat zurückkehren. Andererseits schlägt sich die Verlagerung des Schwerpunkts im Balkankonflikt auf den Kosovo natürlich ebenfalls in den Daten nieder, wie anschließend noch gezeigt wird.

Sechs von zehn Asylbewerbern aus Europa

Von den Asylbewerbern am Jahresende 1998 kamen 27 700 aus einem europäischen, 14 000 aus einem asiatischen und 4900 aus einem afrikanischen Land. Die übrigen 770 waren — bis auf einige Personen aus Mittel- oder Südamerika —

Regelleistungsempfänger Ende 1997 und Ende 1998 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit

Ausgewählte Staatsangehörigkeit	Regelleistungsempfänger am			
	31. Dezember 1997		31. Dezember 1998	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
Bosnien-Herzegowina	9 247	17,3	6 404	13,5
Rest-Jugoslawien	9 013	16,9	9 585	20,2
Rumänien	118	0,2	118	0,2
Russische Föderation	352	0,7	241	0,5
Türkei	11 812	22,1	10 285	21,7
Übriges Europa	847	1,6	1 085	2,3
Europa z u s a m m e n	31 389	58,9	27 718	58,5
Äthiopien	1 290	2,4	1 250	2,6
Algerien	483	0,9	387	0,8
Eritrea	282	0,5	374	0,8
Nigeria	151	0,3	114	0,2
Somalia	1 156	2,2	973	2,1
Zaire	784	1,5	686	1,4
Übriges Afrika	1 232	2,3	1 092	2,3
Afrika z u s a m m e n	5 378	10,1	4 876	10,3
Afghanistan	5 438	10,2	4 575	9,7
Armenien	908	1,7	880	1,9
Georgien	786	1,5	719	1,5
Indien	334	0,6	261	0,6
Iran	1 261	2,4	1 218	2,6
Libanon	417	0,8	392	0,8
Pakistan	2 618	4,9	2 411	5,1
Sri Lanka	1 010	1,9	876	1,8
Vietnam	715	1,3	595	1,3
Übriges Asien	2 365	4,4	2 065	4,4
Asien z u s a m m e n	15 852	29,7	13 992	29,5
Übrige Staaten ²⁾	716	1,3	768	1,6
I n s g e s a m t	53 335	100	47 354	100

1) Anteile an den Regelleistungsempfängern am Jahresende. — 2) Einschl. unbekannter Staatsangehörigkeit und staatenlos.

staatenlos oder von ungeklärter Staatsangehörigkeit. Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Zahl der Personen aus Europa um etwa 3700 oder fast 12 % gesunken. Relativ ebenso hoch war der Rückgang von Asylbewerbern aus Asien; aus dortigen Herkunftsländern wurden zusammen 1860 Personen weniger gezählt als Ende 1997. Bei den Asylbewerbern aus Afrika wurde erneut eine Abnahme um 500 Personen oder reichlich 9 % festgestellt. Die Anteile zwischen den Herkunftsregionen haben sich dadurch in dieser groben Gliederung gegenüber dem Vorjahr nicht verändert: Von zehn Asylbewerbern kamen fast sechs aus einem europäischen, drei aus einem asiatischen und einer aus einem afrikanischen Land. Im längerfristigen Vergleich waren allerdings die Anteile der Asylbewerber aus Asien und Afrika rückläufig, während die europäischen Länder in ihrer Gesamtheit an Bedeutung gewonnen haben.

Gerade bei den Asylbewerbern aus Europa waren aber am ehesten unterschiedliche Tendenzen zu beobachten. So stammten von den europäischen Asylbewerbern zwar nach wie vor die meisten aus dem Gebiet des früheren Jugoslawien, doch gab es eine kräftige Verschiebung zwischen den heutigen Teilstaaten. Die Zahl der Personen aus Rest-Jugoslawien, zu denen auch die Kosovo-Albaner gehören, hat sich nochmals auf nahezu 9600 erhöht, nachdem sie schon in den drei letzten Jahren bei jeweils rund 9000 gelegen hatte. Demgegenüber ist die Zahl der aus Bosnien-Herzegowina stammenden Personen — im wesentlichen wohl wegen der Heimkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen — um über 2800 auf 6400 zurückgegangen. Im Jahr 1997 hatte sie sich dagegen im Vergleich zu den beiden Jahren davor mit einem Anstieg noch auf 9250 nahezu verdoppelt. Mit zusammen 16 000 lagen diese beiden Staaten damit weit vor der Türkei mit 10 300 Asylsuchenden, meist kurdischer Herkunft. Letztere blieb jedoch als einzelner Staat mit einem Anteil von knapp 22 % das Hauptherkunftsland vor Rest-Jugoslawien mit 20 %, Bosnien-Herzegowina mit reichlich 13 % und Afghanistan mit 10 %. Vor 1997 hatte der Anteil der Asylbewerber aus der Türkei noch bei einem guten Viertel gelegen. Von dort oder einem der Länder des ehemaligen Jugoslawien zusammen stammten 1998 weit über die Hälfte aller Asylbewerber, von den europäischen sogar fast 95 %. Bei allgemein leicht rückläufigen Zahlen — eine Ausnahme bildeten nur Afghanistan mit einem starken Rückgang um fast 900 Personen sowie Eritrea mit einem Anstieg um 90 Personen — spiegeln die Herkunftsländer nach wie vor die Krisengebiete in der Welt wider. Afghanistan blieb mit fast 4600 Personen das bedeutendste asiatische Herkunftsland, vor Pakistan mit etwa 2400 und dem Iran mit über 1200 Asylbewerbern. Am Jahresende 1998 wurden außerdem jeweils fast 900 Asylbewerber aus Sri Lanka und Armenien, 700 aus Georgien, 600 aus Vietnam sowie 400 aus dem Libanon gezählt. In Afrika waren Äthiopien mit 1250 und Somalia mit knapp 1000 Personen die wichtigsten Herkunftsländer vor Zaire mit fast 700 sowie Algerien und Eritrea mit jeweils annähernd 400 Personen.

Über zwei Fünftel minderjährig

Die Männer waren unter den Asylbewerbern nach wie vor überrepräsentiert. Am Jahresende 1998 stellten sie mit 26 200 Personen über 55 % der Asylbewerber, während lediglich knapp 21 200 weiblich waren. Im längerfristigen Zeitverlauf hat sich die Zahl der weiblichen Personen nur relativ wenig verändert, gegenüber der ersten Erhebung im Jahr 1994 — als ihr Anteil bei nur 39 % lag — hat sie sogar um fast 2400 zugenommen. Die Zahl der Männer ist dagegen im gleichen Zeitraum um über 3000 gesunken. In wesentlich höherem Maße als die Geschlechterrelation wich immer noch die Altersstruktur, die sich übrigens gegenüber den Vorjahren nur geringfügig verschoben hat, vom Gesamtbild der hessischen Bevölkerung ab. Gut 19 500 Asylbewerber waren Ende 1998 nicht einmal 18 Jahre alt. Damit lag der Anteil der Minderjährigen unter ihnen gleichbleibend bei rund 41 % und war mehr als doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung insgesamt. Bei den Kindern unter 15 Jahren waren die Relationen mit 35 gegenüber reichlich 15 % sogar noch etwas mehr verschoben. 21 250, also 45 % der Asylbewerber, befanden sich im Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Von der Gesamtbevölkerung gehörte dagegen nicht

Regelleistungsempfänger Ende 1998
nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 3	3 646	7,7	1 863	7,1	1 783	8,4
3 bis unter 7	4 899	10,3	2 542	9,7	2 357	11,1
7 bis unter 11	4 479	9,5	2 342	8,9	2 137	10,1
11 bis unter 15	3 689	7,8	1 966	7,5	1 723	8,1
15 bis unter 18	2 815	5,9	1 669	6,4	1 146	5,4
18 bis unter 21	3 043	6,4	1 891	7,2	1 152	5,4
21 bis unter 25	3 228	6,8	1 875	7,2	1 353	6,4
25 bis unter 30	5 309	11,2	2 960	11,3	2 349	11,1
30 bis unter 40	9 668	20,4	5 563	21,2	4 105	19,4
40 bis unter 50	4 021	8,5	2 370	9,0	1 651	7,8
50 bis unter 60	1 310	2,8	673	2,6	637	3,0
60 bis unter 65	483	1,0	197	0,8	286	1,4
65 oder mehr	764	1,6	284	1,1	480	2,3
Insgesamt	47 354	100	26 195	100	21 159	100
Durchschnittsalter in Jahren	23,5	—	23,6	—	23,4	—

einmal jeder Dritte dieser Altersgruppe an. Die Geschlechterrelation klappt übrigens bei den Asylbewerbern hier am meisten auseinander: 12 300 und damit fast die Hälfte der männlichen, aber weniger als 9000 bzw. rund 42 % der weiblichen Asylbewerber waren zwischen 18 und 40 Jahren alt. In allen Altersgruppen ab 40 Jahren waren andererseits die Anteile bei der Gesamtbevölkerung wesentlich, mit steigendem Alter sogar um ein Vielfaches höher als bei den Asylbewerbern. So waren beispielsweise gerade einmal 760 Asylbewerber 65 Jahre oder älter. Das war lediglich jeder 62., gegenüber etwa jedem sechsten Einwohner insgesamt. Während es in der Gesamtbevölkerung etwas mehr Menschen im Rentenalter gab als Kinder unter 15 Jahren, kam bei den Asylbewerbern nur eine Person des entsprechenden Alters auf etwa 22 Kinder. Das Durchschnitts-

alter der Asylbewerber lag infolge dieser Alterszusammensetzung Ende 1998 zwischen 23 und 24 Jahren, wobei das der männlichen nur noch unwesentlich höher war als das der weiblichen. Dagegen war das Durchschnittsalter aller Einwohner in Hessen mit annähernd 42 Jahren fast doppelt so hoch. Die deutsche Bevölkerung war mit 43 Jahren im Durchschnitt um 20 Jahre, die nichtdeutsche mit 33 Jahren immerhin auch noch um 10 Jahre älter als die Asylbewerber. Im übrigen wurden unter den Asylbewerbern wie auch in der Gesamtbevölkerung nur für die Altersgruppen ab 60 Jahren mehr weibliche als männliche Personen ermittelt, jedoch bei weitem nicht in dem Verhältnis wie bei der Bevölkerung insgesamt.

Abnahme auch in den meisten Kreisen

Die landesweite Abnahme der Zahl von Regelleistungsempfängern gegenüber dem Jahresende 1997 um 6000 Personen saldiert sich bei gravierenden regionalen Unterschieden aus teilweise gegenläufigen Entwicklungen in den gemeldeten Zahlen. Einer Abnahme um zusammen 7400 Personen in 21 Verwaltungsbezirken stand eine Zunahme um zusammen 1400 Personen in den übrigen fünf Verwaltungsbezirken gegenüber. Letztere war besonders auffallend im Rheingau-Taunus-Kreis mit einem Plus von 655 Personen oder über 70 % sowie im Hochtaunuskreis mit einem Zuwachs um über 300 Personen oder 22 %. Wahrscheinlich ist aber in diesen Gebieten die Asylbewerberzahl nicht tatsächlich gestiegen, sondern die Umsetzung von Bürgerkriegsflüchtlingen in den Leistungsbereich des AsylbLG dürfte dort lediglich verspätet vollzogen worden sein. Auf der anderen Seite wurden die stärksten Rückgänge, und zwar um jeweils rund ein Drittel, in den kreisfreien Städten Wiesbaden und Darmstadt sowie im Landkreis Limburg-Weilburg registriert. Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg, im Odenwaldkreis und in der kreisfreien Stadt Kassel lag die Abnahme weit über dem Durchschnitt, was in der Summe auch für das gesamte Gebiet des Regierungsbezirks Gießen gilt.

Aber nicht nur bei der Entwicklung, sondern auch bei den persönlichen Merkmalen der einzelnen Empfänger gab es nach wie vor auf regionaler Ebene beträchtliche Differenzen. Hier sind in erster Linie Geschlecht und Alter zu nennen. Zwar scheint das Geschlecht der Asylbewerber auf den ersten Blick für die zu gewährende Leistung bedeutungslos, doch weisen hohe Männeranteile in aller Regel darauf hin, daß in den betreffenden Kreisen relativ viele alleinstehende Erwachsene leben, für welche die Pro-Kopf-Ausgaben am höchsten sind³⁾. Unter allen hessischen Verwaltungsbezirken war lediglich in der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Relation zwischen den Geschlechtern bei den Asylbewerbern ausgeglichen. Ansonsten wurden überall mehr Männer als Frauen gezählt, wo-

Asylbewerber¹⁾ am Jahresende 1998 nach ausgewählten Merkmalen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Ins- gesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1997		Von den Asylbewerbern waren	
		Anzahl	%	männ- lich	unter 18. J.
				%	
Darmstadt, St.	465	- 225	- 32,6	54,4	36,3
Frankfurt am Main, St.	5 680	309	5,8	50,0	37,1
Offenbach am Main, St.	358	- 3	- 0,8	55,0	39,1
Wiesbaden, St.	2 180	- 1 100	- 33,5	52,7	43,7
Bergstraße	2 710	- 399	- 12,8	58,2	40,2
Darmstadt-Dieburg	1 780	- 726	- 29,0	55,2	42,0
Groß-Gerau	1 400	22	1,6	56,4	33,3
Hochtaunuskreis	1 768	322	22,3	60,5	39,1
Main-Kinzig-Kreis	2 394	- 202	- 7,8	54,8	43,7
Main-Taunus-Kreis	1 959	- 79	- 3,9	54,4	41,7
Odenwaldkreis	471	- 154	- 24,6	57,7	43,3
Offenbach	2 502	- 544	- 17,9	53,4	42,1
Rheingau-Taunus-Kreis	1 584	655	70,5	55,8	40,9
Wetteraukreis	2 357	- 333	- 12,4	54,1	42,0
Reg.-Bez. Darmstadt	27 608	- 2 457	- 8,2	54,4	40,3
Gießen	2 663	- 442	- 14,2	53,5	45,6
Lahn-Dill-Kreis	2 454	- 430	- 14,9	57,7	43,5
Limburg-Weilburg	1 259	- 584	- 31,7	54,1	45,4
Marburg-Biedenkopf	2 427	- 557	- 18,7	55,2	46,5
Vogelsbergkreis	969	- 207	- 17,6	58,9	41,0
Reg.-Bez. Gießen	9 772	- 2 220	- 18,5	55,6	44,8
Kassel, St.	2 104	- 638	- 23,3	52,5	36,7
Fulda	1 726	- 36	- 2,0	58,2	43,2
Hersfeld-Rotenburg	706	- 65	- 8,4	54,8	42,8
Kassel	1 434	- 123	- 7,9	58,6	40,7
Schwalm-Eder-Kreis	1 533	- 317	- 17,1	56,5	45,3
Waldeck-Frankenberg	1 393	- 222	- 13,7	61,8	39,1
Werra-Meißner-Kreis	1 078	97	9,9	64,5	35,7
Reg.-Bez. Kassel	9 974	- 1 304	- 11,6	57,7	40,4
Land Hessen	47 354	- 5 981	- 11,2	55,3	41,2
davon					
kreisfreie Städte	10 787	- 1 657	- 13,3	51,4	38,4
Landkreise	36 567	- 4 324	- 10,6	56,5	42,1

1) Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einschl. Personen in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen.

bei der Männeranteil nur in den kreisfreien Städten Wiesbaden und Kassel unter 53 % lag. In allen übrigen Verwaltungsbezirken war die Überzahl der männlichen Asylbewerber noch deutlich höher und erreichte Anteile von jeweils über 60 % im Hochtaunuskreis und im Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie einen Spitzenwert von reichlich 64 % im Werra-Meißner-Kreis.

In sämtlichen Verwaltungsbezirken stellten die Kinder unter 18 Jahren mindestens ein Drittel der Asylbewerber. Während dieser Wert im Landkreis Groß-Gerau exakt erreicht wurde, waren in den meisten Fällen sogar mehr als zwei Fünftel der Empfänger minderjährig. Über 45 % lag der Kinderanteil in den Landkreisen Marburg-Biedenkopf, Limburg-Weilburg und Gießen sowie im Schwalm-Eder-Kreis. Relativ niedrig war er dagegen im Werra-Meißner-Kreis sowie in den kreisfreien Städten Darmstadt, Kassel und Frankfurt am Main mit Werten von etwa 36 bis 37 %. □

3) Auf die Zusammensetzung der Empfänger-Haushalte soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden; ausführliches Tabellenmaterial darüber enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 1998 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“.

Sozialpädagogische Familienhilfe 1998 gegenüber 1993 gestiegen

Die intensivste Form der ambulanten Erziehungshilfe, die sozialpädagogische Familienhilfe, wurde mit Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) zum 1. Januar 1991 eingeführt. Während bei der institutionellen Erziehungsberatung die Familie zwar einbezogen wird, aber der einzelne junge Mensch Hauptobjekt der Beratung ist, steht bei der sozialpädagogischen Familienhilfe die Familie als Ganzes im Mittelpunkt der Beratung. Zur Ausgestaltung der sozialpädagogischen Familienhilfe gehören sowohl beratende Gespräche, zum Beispiel Erziehungsberatung, Partnerberatung und Einzelberatung, als auch praktische Hilfen wie Hausaufgabenbetreuung, Anleitung bei der Arbeit im Haushalt, Unternehmungen mit Eltern und Kindern sowie Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung.

Im Jahr 1998 wurden in Hessen 1300 Familien mit rund 3200 Kindern unter 18 Jahren durch sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Bei 900 Familien dauerte die Hilfe am Jahresende 1998 noch an, während sie bei 400 Familien im Laufe des Jahres 1998 beendet wurde. Gegenüber 1993 haben sich die Zahlen der betreuten Familien und der Kinder mehr als verdoppelt.

Im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe werden vor allem kinderreiche Familien betreut. 1998 hatte fast ein Drittel dieser Familien zwei Kinder unter 18 Jahren, gut ein Fünftel drei Kinder und ein Sechstel sogar vier oder mehr Kinder. Demgegenüber lebte in gut jeder vierten betreuten Familie nur ein Kind. Diese Verteilung der unterstützten Familien

mit minderjährigen Kindern weicht von der Familienstruktur der Gesamtbevölkerung gravierend ab: Hier hatten 50 % der Familien nur ein minderjähriges Kind, 38 % hatten zwei, 9 % drei und 3 % vier oder mehr Kinder unter 18 Jahren.

Vor allem Alleinerziehende mit Familienhilfe

Nur bei jeder dritten betreuten Familie handelte es sich um eine vollständige Familie, während gut die Hälfte dieser Familien alleinerziehende Elternteile mit minderjährigen Kindern waren. In jeder sechsten Familie, die 1998 sozialpädagogische Hilfe erhielt, lebte ein Elternteil mit einem Stiefelternteil oder einem Partner zusammen. Auch diese Verteilung auf die einzelnen Familientypen weicht sehr deutlich von der Struktur aller Familien ab.

Bei den betreuten Familien, in denen beide Elternteile in der Familie lebten, handelte es sich vor allem um kinderreiche Familien; jede zweite Familie hatte drei oder mehr minderjährige Kinder zu versorgen. Demgegenüber dominierten unter den alleinerziehenden Elternteilen mit einem Anteil von zwei Dritteln die Familien mit ein oder zwei Kindern unter 18 Jahren.

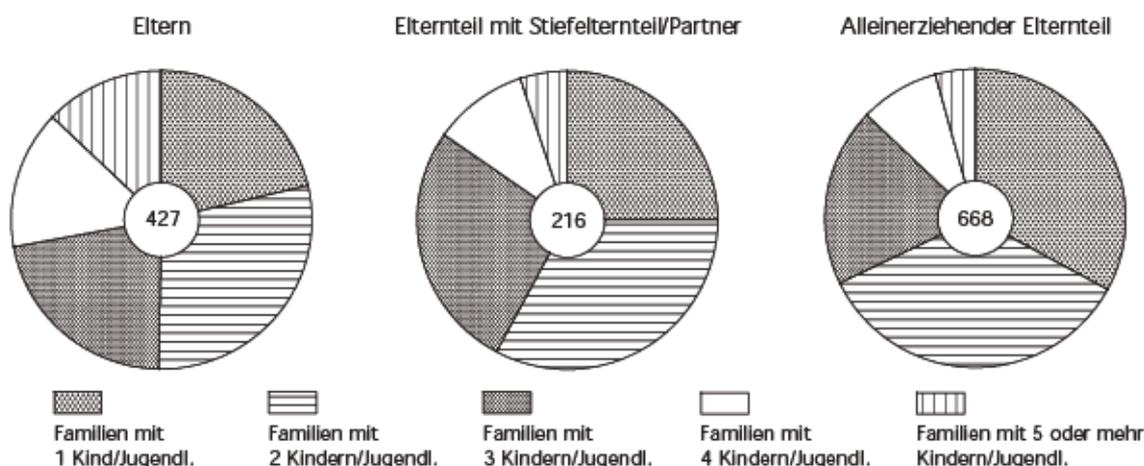
Gegenüber 1993 war der Anstieg der Zahl der Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe bei den alleinerziehenden Elternteilen (+ 172 %) am stärksten; fast so hoch war die Zunahme auch bei den Elternteilen mit Stiefelternteil oder Partner (+ 163 %). Demgegenüber fiel im Fünfjahreszeitraum der Anstieg bei den vollständigen Familien, die im Rahmen der Familienhilfe unterstützt wurden, mit 83 % nur halb so stark aus.

Die Anlässe der sozialpädagogischen Familienhilfe waren recht verschieden. Angesichts der komplexen Lebenssituation der Familien konnten die Betreuungsstellen bis zu drei Anlässe angeben. Im allgemeinen wurde reger Gebrauch davon

Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe 1993 und 1998 nach deren Zusammensetzung und Zahl der ständig in der Familie lebenden Kinder und Jugendlichen

Betreute Familie nach der Zahl der ständig in der Familie lebenden Kinder	Insgesamt		Bezugsperson(en)					
			Eltern		Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner		Alleinerziehender Elternteil	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1993								
Familien mit								
1 Kind/Jugendlichen	114	20,3	33	14,2	11	13,4	70,0	28,5
2 Kindern/Jugendlichen	166	29,6	67	28,8	27	32,9	72,0	29,3
3 Kindern/Jugendlichen	149	26,6	59	25,3	27	32,9	63,0	25,6
4 Kindern/Jugendlichen	81	14,4	43	18,5	9	11,0	29,0	11,8
5 oder mehr Kindern/Jugendlichen	51	9,1	31	13,3	8	9,8	12,0	4,9
Familien insgesamt	561	100	233	100	82	100	246	100
1998								
Familien mit								
1 Kind/Jugendlichen	365	27,8	91	21,3	54	25,0	220	32,9
2 Kindern/Jugendlichen	428	32,6	124	29,0	71	32,9	233	34,9
3 Kindern/Jugendlichen	280	21,4	93	21,8	58	26,9	129	19,3
4 Kindern/Jugendlichen	143	10,9	64	15,0	22	10,2	57	8,5
5 oder mehr Kindern/Jugendlichen	95	7,2	55	12,9	11	5,1	29	4,3
Familien insgesamt	1311	100	427	100	216	100	668	100

Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe in Hessen 1998 nach der Bezugsperson und der Zahl der Kinder



HSL 49/99

gemacht, mehr als einen Anlaß anzugeben, wie der Durchschnitt von 2,6 Nennungen zeigt.

Erziehungsschwierigkeiten wurden am häufigsten genannt; bei gut sieben Zehnteln der betreuten Familien waren sie Anlaß zur Hilfe. Entwicklungsauffälligkeiten (39 %) lagen auf dem zweiten Platz, gefolgt von Beziehungsproblemen (36 %) sowie Schul- oder Ausbildungsproblemen (29 %). Von Bedeutung waren außerdem Trennung oder Scheidung der Eltern, Vernachlässigung des Kindes (jeweils 18 %) sowie längere Krankheit oder Behinderung eines Elternteils (11 %). Die

übrigen Anlässe der Hilfe wurden jeweils bei weniger als 10 % der betreuten Familien angegeben.

Beziehungsprobleme waren bei Familien mit nur einem Kind öfter Anlaß für die Hilfe als bei Familien mit drei oder mehr Kindern. Andererseits wurden Erziehungsschwierigkeiten bei Familien mit zwei oder mehr Kindern häufiger angegeben als bei Familien mit nur einem Kind. Die sozialpädagogische Familienhilfe ist meist auf einen längeren Zeitraum angelegt, wie die durchschnittliche Betreuungsdauer von 16 Monaten bei den Familien mit beendeter Hilfe 1998 zeigt.

*) Tel.: 0611/3802-235 · E-Mail: sthan@hsl.de

Siegfried Th n*)

Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe 1998 nach Anlaß der Hilfe und Zahl der ständig in der Familie lebenden Kinder und Jugendlichen

Anlaß der Hilfe	Insgesamt ¹⁾		davon Familien mit . . . ständig in der Familie lebendem(n) Kind(ern)/Jugendlichen							
			1		2		3		4 oder mehr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Entwicklungsauffälligkeiten	515	39,3	138	37,8	168	39,3	105	37,5	104	43,7
Erziehungsschwierigkeiten	925	70,6	231	63,3	311	72,7	208	74,3	175	73,5
Beziehungsprobleme	478	36,5	141	38,6	163	38,1	102	36,4	72	30,3
Vernachlässigung des Kindes/Jugendlichen	230	17,5	66	18,1	66	15,4	54	19,3	44	18,5
Anzeichen für Kindesmißhandlung	59	4,5	9	2,5	32	7,5	9	3,2	9	3,8
Anzeichen für sexuellen Mißbrauch	61	4,7	11	3,0	26	6,1	10	3,6	14	5,9
Schul-/ Ausbildungsprobleme	378	28,8	96	26,3	115	26,9	85	30,4	82	34,5
Straftat des Jugendlichen	21	1,6	6	1,6	5	1,2	5	1,8	5	2,1
Suchtprobleme	121	9,2	37	10,1	37	8,6	30	10,7	17	7,1
Trennung/Scheidung der Eltern	231	17,6	51	14,0	77	18,0	58	20,7	45	18,9
Inhaftierung eines Elternteils	18	1,4	3	0,8	8	1,9	1	0,4	6	2,5
Wohnungsprobleme	102	7,8	35	9,6	20	4,7	23	8,2	24	10,1
Überschuldung	73	5,6	14	3,8	24	5,6	13	4,6	22	9,2
Arbeitslosigkeit	29	2,2	13	3,6	10	2,3	2	0,7	4	1,7
Krankheit ²⁾ , Behinderung eines Elternteils	138	10,5	47	12,9	46	10,7	24	8,6	21	8,8
Insgesamt³⁾	1311	100	365	100	428	100	280	100	238	100

1) Für jede Familie konnten bis zu drei Anlässe der Hilfe angegeben werden. — 2) Über längere Zeit. — 3) Ohne Mehrfachzählungen.

Daten zur Wirtschaftslage

Die Betriebe des hessischen Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) erzielten im dritten Quartal 1999 Umsätze in Höhe von 38,1 Mrd. DM, dies waren 0,9 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Einer guten Entwicklung der Auslandsumsätze (+ 3,7 %) stand ein Rückgang der Inlandsumsätze von 0,4 % gegenüber. Die wertmäßigen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe gingen im dritten Quartal — verstärkt durch einen statistischen Basiseffekt — um 7,8 % zurück (Inland: – 11,0 %; Ausland: – 2,0 %). Im dritten Quartal hat sich der Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe leicht verstärkt. Die Auftragslage des Bauhauptgewerbes lag im dritten Quartal — ebenfalls verstärkt durch einen Basiseffekt — unter Vorjahresniveau (– 7,3 %), nachdem im ersten und zweiten Quartal des Jahres 1999 noch kräftige Zuwächse zu verzeichnen waren. Der baugewerbliche Umsatz lag mit 2,5 Mrd. DM im dritten Quartal um 9,8 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im Bauhauptgewerbe wurde zwar weiter stark Personal reduziert, der Abbau hat sich jedoch verlangsamt. Das zum Bau freigegebene Hochbauvolumen erhöhte sich im Beobachtungszeitraum leicht um 15,0 % auf 2,0 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten wuchsen dementsprechend um 26,7 % auf 3,7 Mrd. DM. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen legte dabei besonders stark zu, aber auch die öffentlichen und privaten Bauherren weiteten ihre Nachfrage gegenüber dem dritten Quartal 1998 aus. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel verharteten im dritten Quartal auf dem Vorjahresniveau. Sehr erfreulich stellt sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dar: Im Durchschnitt des dritten Quartals dieses Jahres lag die Arbeitslosenzahl mit 233 500 um gut 5 % niedriger als vor Jahresfrist. Damit setzte sich die positive Entwicklung, die im zweiten Quartal 1998 begann, weiter fort. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Beobachtungszeitraum um 6 % gestiegen. Für die ersten drei Quartale zusammen wurden 1393 Unternehmensinsolvenzen gezählt. Dies waren 119 oder 8 % weniger als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen lag im dritten Quartal 1999 um 1,0 % höher als vor Jahresfrist (zweites Quartal: + 0,7 %; erstes Quartal: + 0,6 %). Vor allem die Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl zogen an und haben die allgemeine Teuerung beschleunigt.

Bestelltätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe noch immer schwach

Die an der Entwicklung der wertmäßigen Auftragseingänge gemessene Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe blieb auch im dritten Quartal unter Vorjahresniveau. Der Rückgang von 7,8 % wurde von einer rückläufigen Nachfrage aus dem Inland von 11,0 % und 2,0 % weniger Aufträgen aus dem Ausland bestimmt. Das Ausmaß des Rückgangs wird allerdings durch einen Basiseffekt verstärkt. Im Juli 1998 wurde dem sonstigen Fahrzeugbau von einem inländischen Kunden ein Großauftrag erteilt, der die damalige Gesamtentwicklung besonders günstig beeinflusste. Insofern ist die Verschlechterung der Entwicklung der Auftragseingänge gegenüber dem zweiten Quartal (insgesamt: – 5,3 %; Inland: – 3,0 %; Ausland: – 8,8 %) zu relativieren. Auch der erhebliche Rückgang der Auftragseingänge im ersten Quartal (– 15 %) gegenüber dem Vorjahr wurde durch einen Basiseffekt mitbestimmt.

Die Chemische Industrie meldete im dritten Quartal geringfügig weniger Auftragseingänge (– 0,2 %) als vor Jahresfrist, wobei dem Plus an Aufträgen von ausländischen Kunden (+ 5,7 %) eine Verminderung der Nachfrage aus dem Inland (– 6,1 %) gegenüberstand. Trotz der verhaltenen Entwicklung kann von einer Besserung der Auftragslage gesprochen werden, denn im zweiten Quartal gingen die Auftragseingänge insgesamt um 7,3 % zurück, wobei aus dem Inland (– 10 %) und dem Ausland (– 4,5 %) Nachfrageeinbußen hingenom-

men werden mußten. Sie waren allerdings nicht so bedeutend wie im ersten Quartal, als die gesamten Auftragseingänge im Jahresvergleich um 11 % (Inland: – 13 %; Ausland: – 8,5 %) zurückgegangen waren.

Im Gegensatz zur Chemischen Industrie stammt der positive Impuls beim Maschinenbau aus dem Inland. Die inländischen Auftragseingänge lagen im dritten Quartal um 3,2 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Sie reichten allerdings nicht aus, um die im Vergleich zum Vorjahr verminderte Nachfrage aus dem Ausland auszugleichen (– 18 %), so daß die gesamten Auftragseingänge im dritten Quartal um 6,0 % niedriger lagen als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Wenngleich die Ergebnisse für das dritte Quartal schlechter ausgefallen waren als die für das zweite (– 2,8 %), lagen die Auftragseingänge immer noch erheblich günstiger als im ersten Quartal, in dem im Jahresvergleich noch ein Rückgang der Auftragseingänge um 14 % hingenommen werden mußte.

Eine leichte „Besserung“ ist auch bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen festzustellen. Zwar lagen die Auftragseingänge dort im dritten Quartal immer noch um 8,0 % unter Vorjahresniveau (wobei aus dem Inland 7,1 % und aus dem Ausland 9,1 % weniger Aufträge verbucht werden mußten), die hohen zweistelligen Abnahmeraten des zweiten (– 15 %) oder des ersten Quartals (– 38 %) haben sich jedoch nicht wiederholt.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Wertmäßiger Auftragsingang ²⁾			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1996 D	.	.	.	508 283	98,4	52 478	100,6	101,1	234 083	9,3	21 143	18 377
1997 D	.	.	.	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1998 D	.	.	.	470 074	83,1	40 519	101,6	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1998 August	.	.	.	472 153	83,6	40 372	90,3	104,5	248 167	9,8	26 758	3 286
September	.	.	.	472 420	106,5	40 414	99,8	104,2	240 426	9,5	26 328	3 953
3. Vj. D	.	.	.	472 116	99,2	40 436	98,1	104,4
Oktober	.	.	.	470 604	82,7	40 337	104,1	104,1	236 732	9,3	23 978	4 803
November	.	.	.	470 019	68,1	39 761	107,2	104,0	238 839	9,4	22 553	5 627
Dezember	.	.	.	467 418	101,0	39 208	118,8	104,1	248 127	9,8	22 411	5 484
4. Vj. D	.	.	.	469 347	83,9	39 769	110,0	104,1
1999 Januar	.	.	.	466 333	89,1	38 101	90,0	104,0	260 050	10,2	26 543	7 912
Februar	.	.	.	466 533	61,8	37 184	88,8	104,2	259 649	10,2	30 541	8 909
März	.	.	.	466 710	99,3	37 162	115,8	104,4	250 289	9,8	32 639	10 317
1. Vj. D	.	.	.	466 525	83,4	37 482	98,2	104,2
April	.	.	.	463 757	72,3	37 287	102,5	104,8	244 858	9,8	33 408	8 733
Mai	.	.	.	463 242	84,6	37 167	99,4	104,8	235 675	9,2	31 622	6 328
Juni	.	.	.	463 791	106,8	37 376	102,2	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951
2. Vj. D	.	.	.	463 597	87,9	37 277	101,4	104,8
Juli	.	.	.	465 532	86,7	37 999	101,0	105,4	237 919	9,3	32 317	4 611
August	.	.	.	466 636	94,3	38 409	94,8	105,5	232 096	9,1	31 706	3 513
September	.	.	.	466 141	94,9	38 401	99,5	105,3	227 618	8,9	32 012	4 152
3. Vj. D	.	.	.	466 103	92,0	38 270	98,4	105,4
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1996 D	0,9	- 2,6	7,4	- 3,5	- 1,6	- 8,9	0,6	1,1	9,8	.	0,1	85,3
1997 D	2,1	- 3,3	11,1	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1998 D	3,1	7,2	- 2,7	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,5	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1998 August	- 1,9	2,8	- 9,4	- 0,7	- 18,7	- 12,5	3,1	1,1	- 5,0	.	27,3	- 38,2
September	- 2,6	- 0,9	- 5,0	- 1,0	18,1	- 11,5	1,3	1,0	- 5,8	.	29,4	- 41,9
3. Vj.	5,3	13,1	- 6,4	- 0,8	4,2	- 12,0	1,8	1,1
Oktober	- 6,8	- 1,9	- 13,8	- 1,2	- 0,7	- 11,6	- 2,9	1,0	- 7,2	.	32,9	- 15,0
November	- 6,0	- 2,3	- 11,4	- 1,2	- 11,8	- 11,4	5,6	0,9	- 6,9	.	31,0	- 9,7
Dezember	- 5,5	- 3,7	- 6,0	- 1,1	27,4	- 11,1	3,8	0,7	- 6,3	.	8,3	- 18,0
4. Vj.	- 6,1	- 2,6	- 11,2	- 1,1	5,0	- 11,3	2,1	0,9
1999 Januar	- 10,5	- 10,8	- 10,0	- 0,5	85,4	- 8,3	- 5,0	0,6	- 6,5	.	16,6	- 11,9
Februar	- 18,9	- 18,6	- 19,2	- 0,5	- 24,1	- 9,1	- 1,0	0,4	- 6,7	.	17,1	- 26,3
März	- 16,1	- 16,3	- 15,8	- 0,8	11,3	- 9,2	3,9	0,7	- 6,7	.	12,8	1,9
1. Vj.	- 15,3	- 15,4	- 15,2	- 0,6	14,4	- 8,9	- 0,4	0,6
April	- 8,7	- 4,8	- 14,0	- 1,4	9,5	- 8,4	1,9	0,9	- 5,7	.	12,2	12,1
Mai	- 4,8	- 4,0	- 5,5	- 1,3	20,0	- 8,9	- 1,9	0,7	- 5,6	.	14,1	0,6
Juni	- 2,5	0,3	- 6,6	- 1,1	14,8	- 8,2	5,5	0,6	- 4,2	.	11,3	31,5
2. Vj.	- 5,3	- 2,9	- 8,9	- 1,2	14,9	- 8,5	1,8	0,7
Juli	- 25,1	- 32,1	- 10,4	- 1,3	- 17,9	- 6,2	- 3,1	0,8	- 4,9	.	17,0	6,0
August	8,0	6,6	10,4	- 1,2	12,7	- 4,9	5,0	1,0	- 6,5	.	18,5	6,9
September	0,3	2,2	- 2,8	- 1,3	- 12,5	- 5,0	- 0,3	1,1	- 5,2	.	21,6	5,0
3. Vj.	- 7,8	- 11,0	- 2,0	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,3	1,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1998 August	- 32,3	- 35,7	- 25,1	0,1	- 20,8	- 0,4	- 13,3	- 0,1	- 0,8	.	- 3,2	- 24,4
September	22,5	15,1	35,9	0,1	29,7	0,1	10,5	- 0,3	- 3,1	.	- 1,6	20,3
3. Vj.	1,0	9,2	- 11,2	0,6	29,7	- 0,7	- 1,5	0,3
Oktober	- 3,8	- 0,8	- 8,3	- 0,4	- 23,8	- 0,2	4,3	- 0,1	- 1,5	.	- 8,9	21,5
November	- 1,2	- 2,3	0,6	- 0,1	- 17,7	- 1,4	3,0	- 0,1	0,9	.	- 5,9	17,2
Dezember	- 8,3	- 9,9	- 5,8	- 0,6	48,4	- 1,4	10,8	0,1	3,9	.	- 0,6	- 2,5
4. Vj.	- 7,9	- 12,0	- 0,4	- 0,6	- 15,4	- 1,6	12,1	- 0,3
1999 Januar	0,2	0,3	0,2	- 0,7	- 11,8	- 2,8	- 24,2	- 0,1	4,8	.	18,4	44,3
Februar	- 2,6	- 5,6	2,0	0,0	- 30,7	- 2,4	- 1,3	0,2	- 0,2	.	15,1	12,6
März	19,5	25,4	11,1	0,0	60,8	- 0,1	30,4	0,2	- 3,6	.	6,9	15,8
1. Vj.	- 7,6	- 6,0	- 10,0	- 0,6	- 0,6	- 5,8	- 10,7	0,1
April	- 7,6	- 9,0	- 5,4	- 0,6	- 27,2	0,3	- 11,5	0,4	- 2,2	.	2,4	- 15,4
Mai	- 1,4	- 0,5	- 2,8	- 0,1	17,0	- 0,3	- 3,0	0,0	- 3,8	.	- 5,3	- 27,5
Juni	4,6	4,7	4,5	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	- 1,0	.	- 0,9	9,8
2. Vj.	3,4	4,6	1,6	- 0,6	5,4	- 0,6	3,3	0,6
Juli	- 6,9	- 6,7	- 7,2	0,4	- 18,8	1,7	- 1,2	0,5	2,0	.	3,1	- 33,7
August	- 2,3	1,1	- 7,8	0,2	8,7	1,1	- 6,1	0,1	- 2,4	.	- 1,9	- 23,6
September	13,8	10,4	19,6	- 0,1	0,7	—	5,0	- 0,2	- 1,8	.	1,0	18,2
3. Vj.	- 1,7	0,1	- 4,5	0,5	4,7	2,7	- 3,0	0,6

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; aus methodischen Gründen werden keine Grundzahlen nachgewiesen. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Fast auf Vorjahresniveau (- 0,4 %) lagen die Auftragseingänge im dritten Quartal bei der Herstellung von Metallerezeugnissen. Dabei stand einer rückläufigen Bestelltätigkeit inländischer Kunden (- 0,9 %) ein, wenn auch bescheidenes, Plus aus dem Ausland (+ 1,4 %) gegenüber. Auch im zweiten Quartal konnte das Niveau der Auftragseingänge gehalten werden, wodurch der Rückgang des ersten Quartals (- 6,9 %) zunächst einmal abgelöst wurde.

Umsatz erstmals wieder über Vorjahresniveau

Von den 38,1 Mrd. DM *Umsatz*, den das Verarbeitende Gewerbe im dritten Quartal erzielt hat, wurde ein Drittel auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Vor allem dort war Hessens Industrie erfolgreich. Ohne das Plus von 3,7 % im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit wäre die Gesamtzunahme von 0,9 % nicht möglich gewesen. Im Inland konnte der Vorjahresumsatz im dritten Quartal nämlich nicht gehalten werden (- 0,4 %), wengleich auch hier in den letzten Monaten eine leichte Tendenz zum besseren spürbar ist. Wenn es gelingt, den Zuwachs auf den ausländischen Märkten zu erhalten und durch einen entsprechenden Erfolg im Inland zu begleiten, könnte nach den Umsatzeinbußen von 6,3 % im ersten und 1,4 % im zweiten Quartal — jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum — eine Wende eintreten. Unter den großen Branchen war die Chemische Industrie mit einem Auslandsumsatzanteil von 47 % besonders exportorientiert. Die 8,1%ige Steigerung des Gesamtumsatzes im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit auf insgesamt 8,4 Mrd. DM im dritten Quartal wurde ganz wesentlich vom Anstieg der Auslandsumsätze (+ 12 %) bestimmt, der bereits seit März dieses Jahres anhält. Die Inlandsumsätze stiegen dagegen nur um 5,0 %; deren Anstieg kann erst seit zwei Monaten beobachtet werden. Der Maschinenbau ist mit einem Exportanteil am Gesamtumsatz von 42 % geringfügig schwächer exportorientiert als die Chemische Industrie. Allerdings waren hessische Maschinenbauerzeugnisse im dritten Quartal nicht nur auf den Inlands-, sondern auch auf den Auslandsmärkten wenig erfolgreich. Der Gesamtumsatz sank deshalb im dritten Quartal im Jahresvergleich um 3,2 % auf 4,1 Mrd. DM. Daran hatten sinkende Inlandsumsätze (- 3,1 %) ebenso ihren Anteil wie zurückgehende Auslandsumsätze (- 3,3 %). Auf den Auslandsmärkten waren die Umsatzrückgänge im übrigen nicht nur besonders gravierend, sondern sie halten auch seit April dieses Jahres an. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen arbeiteten ebenfalls fast zur Hälfte (48 %) für ausländische Kunden. Die zurückhaltenden Geschäfte mit inländischen und ausländischen Kunden trugen dazu bei, daß der Gesamtumsatz im dritten Quartal um 7,7 % auf 4,7 Mrd. DM fiel. Allerdings ist beim Auslandsgeschäft in den letzten zwei Monaten eine deutliche Belebung spürbar, so daß die Auslandsumsätze im dritten Quartal nur geringfügig (- 0,7 %)

unter Vorjahresniveau blieben. Die Inlandsumsätze (- 13 %) bieten dagegen bereits das gesamte Quartal über Anlaß zur Sorge. Vom Umsatz der Hersteller von Metallerezeugnissen in Höhe von 2,7 Mrd. DM wurden im dritten Quartal lediglich 22 % auf ausländischen Märkten erzielt. Während er sich dort behaupten konnte (+ 0,5 %), unterschritt er im dritten Quartal im Inland das Vorjahresergebnis um 4,2 %. Damit lag das Gesamtergebnis bei den Herstellern von Metallerezeugnissen im dritten Quartal um 3,2 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Während die Gesamtumsätze im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit leicht zugenommen hatten (+ 1,1 %), und zwar sowohl bei Geschäften mit inländischen (+ 1,3 %) wie mit ausländischen (+ 0,4 %) Kunden, blieben die Umsätze im ersten Quartal als Folge rückläufiger Inlandsgeschäfte (- 9,3 %) bei gleichzeitig leichter Zunahme der ausländischen Geschäfte (+ 2,4 %) unter Vorjahresniveau (- 6,8 %).

Beschäftigtenabbau leicht verstärkt

Am Umsatz gemessen arbeiteten im dritten Quartal rund 154 000 *Beschäftigte* des hessischen Verarbeitenden Gewerbes für ausländische Märkte. Der leichte Umsatzanstieg der letzten Monate wirkte sich im dritten Quartal allerdings nicht auf die Beschäftigung aus. Noch immer wurden die Beschäftigtenzahlen reduziert, zuletzt um 1,3 % auf im Durchschnitt des dritten Quartals 466 100 tätige Personen. Die Abnahmerate ist seit dem ersten Quartal sogar von 0,6 % auf über 1,2 % gestiegen. Die Hälfte der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes arbeitete im dritten Quartal in vier Branchen: Der Chemischen Industrie, dem Maschinenbau, in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und der Herstellung von Metallerezeugnissen.

In der Chemischen Industrie arbeiteten im Durchschnitt des dritten Quartals 66 560 Beschäftigte. Das waren 0,5 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Damit wurde die leichte Zunahme des ersten und zweiten Quartals (+ 0,1 bzw. + 0,2 %) von einem Rückgang abgelöst. Im Maschinenbau waren im Durchschnitt des dritten Quartals noch gut 64 100 Beschäftigte tätig. Der Rückgang belief sich auf 0,8 % und setzte damit den Beschäftigtenabbau des ersten und zweiten Quartals fort (jeweils - 1,0 %). Bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (60 570 Beschäftigte) lag die Zahl der tätigen Personen im Durchschnitt des dritten Quartals erstmals in diesem Jahr unter Vorjahresniveau (- 1,3 %). Im ersten und zweiten Quartal konnte nämlich noch ein leichtes Plus (+ 0,8 bzw. + 0,2 %) registriert werden. Den stärksten Rückgang meldete im dritten Quartal die Herstellung von Metallerezeugnissen. Dort wurden im Durchschnitt des Quartals noch knapp 40 000 Beschäftigte gezählt, 2,8 % weniger als im Durchschnitt des dritten Vorjahresquartals, womit der Rückgang im ersten und zweiten

Quartal (- 1,5 bzw. - 2,2 %) eine weitere Verstärkung erfahren hat.

Wieder rückläufige Auftragslage im Bauhauptgewerbe . . .

Nachdem die Auftragslage im hessischen Bauhauptgewerbe im ersten und zweiten Quartal recht beachtlich war (jeweils rund + 14 %), lagen die Auftragseingänge im dritten Quartal mit - 7,3 % wieder unter Vorjahrsniveau. Das Ausmaß dieses Rückgangs wurde allerdings durch einen Basiseffekt verstärkt. Im dritten Quartal des Vorjahres konnten vom Tiefbau recht beachtliche Aufträge verbucht werden, und diese wirken sich nun im Jahresvergleich aus. Im Hochbau blieben die Auftragseingänge im dritten Quartal dieses Jahres gut auf Vorjahrsniveau (+ 0,5 %), wobei allerdings nur der gewerbliche und industrielle Hochbau (+ 8,8 %) und der Wohnungsbau (+ 4,3 %) mehr Aufträge erhielten als vor einem Jahr, während der öffentliche und Verkehrshochbau den starken Anstieg des dritten Vorjahresquartals nicht fortsetzen konnte (- 37 %). Rückläufig war die Entwicklung im dritten Quartal auch im Tiefbau. Mit einem Minus gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal von 15 % wurde das Ergebnis sowohl im gewerblichen und industriellen Tiefbau (- 25 %) als auch im öffentlichen und Verkehrstiefbau (- 9,7 %) und im Straßenbau (- 7,8 %) unterschritten.

. . . jedoch verlangsamter Beschäftigtenabbau

Daß die Beschäftigtenentwicklung angesichts dieser Auftragslage weiterhin rückläufig blieb, war zu erwarten. Dennoch ging die Abnahmerate, die im ersten und zweiten Quartal noch bei fast 9 % gelegen hatte, nun auf 5,4 % und damit auf 38 270 Beschäftigte zurück. Vergleicht man allerdings die Beschäftigtenentwicklung zwischen Januar und September 1998 mit der von 1999, dann steht einem Abbau im Jahr 1998 von 1150 Beschäftigten ein Beschäftigtenzuwachs von 300 Beschäftigten für 1999 gegenüber. Von den Beschäftigtenverminderungen zwischen dem dritten Quartal 1998 und der gleichen Vorjahreszeit waren alle Beschäftigtenarten betroffen, am meisten allerdings die tätigen Inhaber (- 11 %). Aber auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten (- 5,6 %), der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten (- 8,3 %), der Facharbeiter, Poliere und Meister (- 4,1 %) und der gewerblichen Auszubildenden (- 7,0 %) lag unter dem Stand des dritten Vorjahresquartals. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wurde ebenfalls um 7,2 % reduziert.

Im dritten Quartal wurden 12,4 Mill. Arbeitsstunden geleistet. Das waren weitere 4,0 % weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Damit hat sich der Rückgang der Arbeitsleistung gegenüber dem ersten (- 8,1 %) und zweiten Quartal

(- 4,8 %) weiter verlangsamt. Unter den Bauarten konnte lediglich der Straßenbau im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein leichtes Plus (+ 1,1 %) melden. Bei allen übrigen Bauarten wurde die Arbeitsleistung weiter vermindert, wenn auch teilweise erheblich weniger als in den Vorquartalen: Wohnungsbau: - 9,2 %; gewerblicher und industrieller Hochbau: - 3,3 %, gewerblicher und industrieller Tiefbau: - 2,7 %; öffentlicher und Verkehrshochbau: - 2,5 %; öffentlicher und Verkehrstiefbau: - 2,9 %.

Der baugewerbliche Umsatz entwickelte sich dagegen im Laufe des Jahres 1999 recht günstig. Im dritten Quartal wurden 2,5 Mrd. DM umgesetzt, 9,8 % mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal hatte die Jahressteigerungsrate bei 8,8 % und im ersten bei nur 2,0 % gelegen.

Anstieg der Hochbaugenehmigungen im Nichtwohnbau, jedoch weitere Abschwächung im Wohnungsbau

Im dritten Vierteljahr 1999 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt knapp 2,0 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche¹⁾; dies war ein Anstieg um 15,0 % gegenüber dem dritten Vierteljahr 1998. Entsprechend stark war auch die Erhöhung der veranschlagten reinen Baukosten für die zum Bau freigegebenen neuen Gebäude bzw. für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden mit + 26,7 % gegenüber Juli bis September 1998 auf jetzt 3,7 Mrd. DM. Besonders stark war dabei der Anstieg der Nachfrage durch Unternehmen als Bauherren mit + 43,2 % oder + 540,3 Mill. DM. Aber auch die beiden anderen Bauherrengruppen legten im Vergleich zum Vorjahresquartal zu, die öffentlichen Bauherren um 13,7 % oder 19,4 Mill. DM und die privaten Bauherren um 9,7 % oder 144,0 Mill. DM. Damit hat sich die seit der zweiten Jahreshälfte 1998 anziehende Nachfrage nach Hochbaugenehmigungen verstärkt fortgesetzt und der Einbruch im zweiten Vierteljahr 1999 wurde mehr als kompensiert.

Zurückzuführen ist der starke Aufwärtstrend auf die Entwicklung im Nichtwohnbau. Mit einer Zunahme der genehmigten Nutzfläche um 196 000 m² oder 30,5 % und der veranschlagten Baukosten von nominal 587 Mill. DM oder 57,0 % gab es den höchsten Anstieg gegenüber dem jeweils gleichen Vorjahresquartal in den letzten 5 Jahren. Damit wurde der vorübergehende Rückgang der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau im zweiten Vierteljahr 1999 mehr als ausgeglichen.

Im Wohnbau gab es dagegen mit rund 6 900 genehmigten Wohnungen einen leichten Rückgang um 121 Einheiten oder 1,7 %, so daß sich dort die seit 1995 anhaltende Abschwächung der Nachfrage fortgesetzt hat. Wie schon im Vorquartal ist dies auf die weiterhin rückläufige Nachfrage im Geschößwohnungsbau (- 135 Wohnungen bzw. - 5,4 %) und bei Zweifamilienhäusern (- 14, - 2,3 %), aber insbesondere

1) In dieser Summe sind 239 600 m² Nutzfläche in Wohngebäuden und 222 000 m² Wohnfläche in Nichtwohngebäuden enthalten.

bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (- 401, - 36,4 %) zurückzuführen (jeweils gegenüber dem dritten Quartal 1998). Auch die verstärkte Zunahme der Genehmigungen von Einfamilienhäusern mit 443 Einheiten oder 20,1 % konnte wie schon im Vorquartal diese Rückgänge nicht ausgleichen.

Kraftfahrzeuge gut gefragt

Die in Hessen tätigen Einzelhändler blieben mit ihren Umsätzen im dritten Vierteljahr 1999 auf dem Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Allein der Kfz-Handel und die Tankstellen konnten im Quartalsvergleich ihre Umsätze ausweiten: Nominal stiegen sie um knapp 3 %; real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, verblieben noch etwas über 2 %. Dagegen büßte der Einzelhandel im engeren Sinn, also ohne den Kfz-Bereich, nominal knapp 0,5 % seines Umsatzes ein. Real war dies ein Minus von annähernd 1 %.

Mehr in ihren Kassen hatten hier vor allem die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal und real + 2 %). Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, gingen die Umsätze im dritten Vierteljahr 1999, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 1998, nominal um 1 % zurück. Dies bedeutete real allerdings noch ein geringfügiges Wachstum von knapp 0,5 %. Nahezu unverändert blieben die Umsätze beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal und real - 1 % im Abschwung. Entgegen diesem Branchentrend ging es den Ladengeschäften, die dem Heimwerkerbedarf zugerechnet werden, besser: Sie konnten ein Plus von nominal 4,5 und real 4 % verbuchen. Auch der Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobbedarf steigerte seinen Umsatz. Nominal war hier ein Plus von 4 %, real eines von deutlich über 2 % zu verzeichnen. Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Vergleichszeitraum um über 2 % zurück.

Arbeitslosigkeit weiterhin auf dem Rückzug

Im dritten Quartal 1999 meldeten sich 100 900 Personen arbeitslos. Das waren 10 100 oder 9 % weniger als in den Monaten Juli bis September 1998. Dieser kräftige Rückgang der Arbeitslosmeldungen resultierte hauptsächlich aus Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (- 7300, - 12 %). Aber auch bei Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit (- 1400, - 3 %) bzw. betrieblicher Ausbildung (- 1300, - 26 %) entspannte sich die Lage. Bei den Arbeitslosmeldungen nach Abschluß der betrieblichen Ausbildung, die je nach Beginn der (Berufs-) Schulferien schwerpunktmäßig zwischen dem zweiten und dritten Quartal alternieren, ist auch bei ei-

nem entsprechenden Vergleich über sechs Monate ein Rückgang festzustellen, so daß es bei seit 1993 ständig steigenden Arbeitslosmeldungen in diesem Segment 1999 erstmals wieder zu einem Abbau kommen wird. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg gegenüber dem dritten Quartal 1998 um gut 200 auf 4100, verharrte damit aber weiterhin auf einem auch in historischer Perspektive sehr niedrigen Niveau.

Den 100 900 Arbeitslosmeldungen standen im dritten Quartal 70 400 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 9400 oder gut 15 % mehr Stellenmeldungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Damit hielt die im Herbst 1997 einsetzende, wieder freundlichere Tendenz bei den Stellenmeldungen auch im Berichtszeitraum an. Dank dieser verbreiterten Vermittlungsbasis konnte die Arbeitsverwaltung 52 100 Arbeitsuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Damit wurde das Vermittlungsergebnis aus dem dritten Quartal 1998 um 5100 Personen oder 11 % übertroffen. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 106 400 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 7600 oder nahezu 7 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit lagen die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit um 5400 über den Zugängen. Im Durchschnitt des dritten Quartals 1999 betrug die Arbeitslosenzahl 233 500, gut 5 % weniger als vor Jahresfrist. Damit hat sich die bereits im zweiten Quartal 1998 einsetzende Wende am Arbeitsmarkt im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen — Rückgang wird schwächer

Der Rückgang der Unternehmenskonkurse hat sich in Hessen im dritten Quartal dieses Jahres weiter abgeschwächt. Nachdem im ersten Quartal noch ein Rückgang um gut 17 % festgestellt werden konnte, wurden im zweiten Quartal nur noch knapp 11 % weniger und im dritten Quartal bereits 6 % mehr Insolvenzen hessischer Unternehmen erfaßt als in den entsprechenden Vorjahresquartalen. Bislang kam es in diesem Jahr zu 1393 Unternehmensinsolvenzen in Hessen. Dies waren 119 oder 8 % weniger als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Für Januar bis Juni waren noch 147 oder 14 % weniger Insolvenzen von Unternehmen zur Statistik gemeldet worden als für das erste Halbjahr 1998.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 1999 kam es in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu recht unterschiedlichen Entwicklungen der Unternehmensinsolvenzen. Die relativen Rückgänge bewegten sich dabei zwischen - 6 % im Verarbeitenden Gewerbe und - 70 % im Kredit- und Versicherungsgewerbe. In absoluten Zahlen waren die Rückgänge im Bereich „Grundstücks-, Wohnungswesen; Dienstleistungen für Unternehmen“ mit 54 (- 17 %) und im Baugewerbe mit 34 (- 9 %) am stärksten. Stärkere Zunahmen der Unternehmensinsolvenzen wiesen der Bereich „Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen“ (+ 16, + 55 %) und der

Bereich „Handelsvermittlung und Großhandel“ (+ 17, + 16 %) aus. Mit 32 Konkursbeantragungen trugen land- und forstwirtschaftliche Unternehmen — in den ersten neun Monaten des Vorjahres gab es in diesem Wirtschaftszweig nur elf Konkursanträge — zur Dämpfung des Rückgangs der Unternehmensinsolvenzen bei.

In 30 % (421) der 1393 Insolvenzbeantragungen konnten die Amtsrichter ein Insolvenzverfahren eröffnen. In den ersten neun Monaten des Vorjahres hatte die Eröffnungsquote bei 1511 Konkursanträgen und 372 eröffneten Verfahren nur bei 25 % gelegen. Die bis Ende September 1999 (Ende September 1998) in den eröffneten Insolvenzverfahren zur Auseinandersetzung gelangten Forderungen erreichten ein Volumen von rund 680 Mill. DM (1622 Mill. DM) oder durchschnittlich 1,6 Mill. DM (4,4 Mill. DM) je Verfahren. Hingegen verloren die Gläubiger in den 972 (1139) mangels Masse abgelehnten Insolvenzanträgen eine Forderungssumme von rund 514 Mill. DM (680 Mill. DM) oder durchschnittlich je Insolvenzfall 529 000 DM (597 000 DM).

Heizöl und Kraftstoffe beschleunigen Teuerung für Verbraucher

Die Verbraucherpreise für Heizöl und Kraftstoffe zogen im dritten Quartal dieses Jahres nochmals an und haben damit die allgemeine Teuerung beschleunigt. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im dritten Quartal 1999 um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten Quartal hatte die entsprechende Teuerungsrate noch

0,7 % betragen und im ersten Quartal war mit 0,6 % der niedrigste Stand seit 1987 erreicht worden. Der starke Einfluß der Preisentwicklung für Heizöl und Kraftstoffe kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Gesamtlebenshaltung ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte im dritten Quartal nur um 0,5 % (nach 0,6 % im zweiten Quartal und 0,8 % im ersten Quartal) teurer als ein Jahr zuvor gewesen wäre. Die Teuerung hätte sich also sogar noch verlangsamt.

Im einzelnen war Heizöl im dritten Quartal um knapp 35 % und Kraftstoffe waren um 10,2 % teurer als ein Jahr zuvor. Andererseits hatten Nahrungsmittel im dritten Quartal um 1,1 %, Güter für die Gesundheitspflege um 3,0 % und die Nachrichtenübermittlung (vor allem wegen der Entwicklung der Preise für Telefon- und Telefaxdienstleistungen) um 10,4 % niedrigere Preise als vor Jahresfrist.

Auch innerhalb des dritten Quartals stieg die Jahresteuering kontinuierlich an. Im Juli waren die Verbraucherpreise um 0,8 %, im August um 1,0 % und im September um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor.

Im kurzfristigen Vergleich blieb die Teuerungsrate gleich. Im dritten Vierteljahr waren die Verbraucherpreise — wie im zweiten Quartal — um 0,6 % höher als im Vorquartal.

Zu Beginn des vierten Quartals zog die Jahresteuering nochmals an. Die Verbraucherpreise waren im Oktober zwar genauso hoch wie im September, aber um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor. □

- Nachdem in den letzten Jahren die Zahl schwerer *Straßenverkehrsunfälle* in Hessen ständig abgenommen hatte, scheint sich diese Entwicklung im laufenden Jahr nicht fortzusetzen. Von Januar bis September 1999 ereigneten sich annähernd 21 000 Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen; knapp 6 % mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 1998. Bei diesen Unfällen wurden 424 Personen getötet, fast 5400 erlitten schwere und über 22 700 leichtere Verletzungen. Im Jahresvergleich waren dies 23 Getötete oder annähernd 6 % mehr. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um 2 %, diejenige der Leichtverletzten um 7 %.

- Für ihre 50-jährige Tätigkeit als *ehrenamtliche Berichterstatter* für die *Landwirtschaftsstatistik* wurden am 10. November im Hessischen Landtag Herr Josef Schnierer (87) aus Selters-Eisenbach und Herr Gerhard Siemon (76) aus Wahlburg-Lippoldsberg von Staatsminister Dietzel und dem Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Herrn Hohmann, geehrt und mit der Silbernen Ehrenplakette des Landes Hessen ausgezeichnet. Das HSL hatte aus diesem Anlaß landwirtschaftliche Berichterstatterinnen und Berichterstatter aus der kreisfreien Stadt und dem Landkreis Kassel sowie aus dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg und dem Werra-Meißner-Kreis zu einem Besuch im Hessischen Landtag eingeladen. Präsident Hohmann dankte Ihnen für ihr besonderes Engagement im Dienste der Landwirtschaftsstatistik. Die Ehrung fand im Rahmen einer kleinen Feierstunde statt, in deren Verlauf Landwirtschaftsminister Dietzel und die Landtagsabgeordneten Christel Hoffmann (SPD), Klaus Dietz (CDU) und Heinrich Heide (F.D.P.) unter der Leitung von Präsident Hohmann den Berichterstattern zu agrarpolitischen Fragen Rede und Antwort standen. Kontrovers diskutiert wurden u. a. die Sparmaßnahmen in der Landwirtschaft, Fragen der Viehhaltung und Flächennutzung sowie der Neuorganisation der Landwirtschaftsverwaltung vor Ort. Der Tag für die Berichterstatter aus den nordhessischen Landkreisen fand seinen Ausklang bei einer Verkostung Rheingauer Weine in einem Erbacher Weingut.

- Im ersten Halbjahr 1999 stieg die *Bevölkerungszahl* in Hessen um 7800 oder 0,13 % auf rund 6,043 Millionen. Diese Zunahme resultierte aus einem Wanderungsgewinn von 11 100 Personen, dem ein Gestorbenenüberschuss von 3300 Personen gegenüber stand. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 nahm insbesondere der Wanderungsgewinn wieder zu. Die Zuzüge stiegen um 6300 auf gut 77 800; gleichzeitig sanken die Fortzüge um 2400 auf rund 66 800, so daß sich der Wanderungsgewinn im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8700 Personen erhöhte. Dieser war überwiegend von der Entwicklung bei den Ausländern geprägt. Da wieder mehr Ausländer nach Hessen zogen, gleichzeitig aber weniger das Land verließen, stieg die Nettozuwanderung auf 6900 Personen. Im gleichen Vorjahreszeitraum hatte es noch einen Wan-

derungsverlust von rund 1600 Personen gegeben. Die Zahl der über die Landesgrenze zu- bzw. fortgezogenen Deutschen war dagegen ähnlich hoch wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, so daß ihr Wanderungssaldo mit + 4150 nahezu unverändert blieb.

- In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden in Hessen 28 000 Kinder lebend geboren; das waren 700 oder 2,5 % weniger als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Der Anteil der *Neugeborenen* von nicht miteinander verheirateten Eltern erhöhte sich um weitere 2 Prozentpunkte auf nunmehr 16 %. Die Zahl der Gestorbenen lag im ersten Halbjahr 1999 mit 31 300 um rund 700 oder gut 2 % über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Paare, die sich „trauten“, nahm weiter ab. In den ersten sechs Monaten schlossen gut 12 800 Paare den Bund der Ehe, gegenüber rund 13 300 im Vorjahreszeitraum.

- Die diesjährige *Kartoffelernte* wird in Hessen mit einer erwarteten Erntemenge von 217 000 t um 16 % höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Mit einem Hektarertrag von 389 dt wurden gut 14 % mehr Kartoffeln je Hektar geerntet als zur Ernte 1998. Auch gegenüber dem langjährigen Mittel wurde ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt; allerdings konnte der Rekordertrag des Jahres 1996 von knapp 405 dt je Hektar nicht erreicht werden. Insgesamt wurden in diesem Jahr auf einer Fläche von knapp 5600 ha Kartoffeln angebaut. Das waren knapp 2 % mehr Anbaufläche als 1998, aber gut 5 % weniger als im Mittel der Jahre 1993 bis 1998.

- Ende 1998 waren an den 30 *Hochschulen* und den drei *Hochschulkliniken* Hessens insgesamt 39 800 Personen beschäftigt. Damit ging die *Beschäftigtenzahl* gegenüber dem Vorjahr um 500 bzw. gut 1 % zurück. Der Rückgang erfolgte bei den hauptberuflich Beschäftigten. So waren 33 400 Personen hauptberuflich tätig, knapp 500 weniger als im Jahr zuvor. Hierbei nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten des hauptberuflichen Personals geringfügig auf 9350 zu. Die Zahl der nebenberuflich Beschäftigten blieb mit gut 6400 fast unverändert gegenüber dem Vorjahr. Ein gutes Drittel der hauptberuflich Beschäftigten (11 450 Personen) gehörte dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an und knapp zwei Drittel (21 900) dem nichtwissenschaftlichen. Zu letzterem zählten neben dem Verwaltungs-, Bibliotheks- und technischen Personal auch 4800 Pflegekräfte und 1 500 Auszubildende und Praktikanten. Von den 39 800 Beschäftigten waren 19 600 Frauen, so daß deren Anteil wie in den Vorjahren 49 % betrug. Nach wie vor variiert der Frauenanteil insbesondere in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit. So war er beim nichtwissenschaftlichen Personal mit 68 % am höchsten, während er beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal 26 % betrug und in der Professorenschaft trotz geringer Erhöhung nur 9,6 % erreichte.

Wie kommen Sie eigentlich zu Ihren benötigten Daten?

- Wälzen Sie Bücherstapel?
- Verlieren Sie sich in den unendlichen Weiten des Cyberspace?
- Gehen Sie zu einer Wahrsagerin?

Der Datenlieferant Nr. 1 in Hessen empfiehlt:



zum Subskriptionspreis von jeweils 29,50 DM (bis 15.2.2000; später jeweils 37,50 DM)

Statistisches Handbuch Hessen

Ausgabe 1999/2000

Das neue Statistische Handbuch für das Land Hessen enthält — wie die Ausgabe 1997/98 — neben einem umfassenden Tabellenteil mit Daten zu fast allen Lebensbereichen methodische Vorbemerkungen, textliche Kurzbeschreibungen zu den wichtigsten Kapiteln sowie rund 100 grafische Darstellungen und farbige Kartogramme zur Regionalstruktur von Hessen nach Landkreisen.

24 Kapitel zu u. a. folgenden Themen

<p>Bevölkerung</p> <p>Gesundheitswesen</p> <p>Wirtschaft</p> <p>Erwerbstätigkeit</p> <p>Verkehr</p> <p>Sozialleistungen</p> <p>Hessen im Vergleich</p>	<p>Bevölkerungsentwicklung; Bevölkerung nach Verwaltungsbezirken; Einbürgerungen; Eheschließungen; Ehescheidungen; Lebendgeborene; Gestorbene; Zu- und Fortzüge; Haushalte und Familien</p> <p>Krankenhäuser nach Fachabteilungen; Bettenausstattung; ärztliches und nichtärztliches Personal; Kosten der Krankenhäuser; meldepflichtige Krankheiten; Gestorbene nach Todesursachen; Einschulungsuntersuchungen</p> <p>Bruttoinlandsprodukt; Bruttowertschöpfung; verfügbares Einkommen; Verarbeitendes Gewerbe; Bauwirtschaft; Handel und Gastgewerbe; Fremdenverkehr; Gewerbean- und -abmeldungen; Land- und Forstwirtschaft</p> <p>Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen; Erwerbspersonen und -quoten; sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Arbeitslosenquote</p> <p>Bestand an Kraftfahrzeugen; Erteilungen und Entziehungen von Fahrerlaubnissen; Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden; Güterumschlag</p> <p>Sozialhilfeaufwand und Sozialhilfeempfänger; Aufwand für Asylbewerber und Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Schwerbehinderte</p> <p>Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern zu u. a. folgenden Themen: Bevölkerung; Erwerbstätigkeit; Bildung; Verarbeitendes Gewerbe; Gebäude- und Wohnungsbestand; Fremdenverkehr; Verkehr; Bruttoinlandsprodukt</p>
--	---

Vorbestellung:

w-88



Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
 Telefon 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992
 E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 031,4	6 032,5	6 031,7	6 032,1	6 031,4	6 038,0	6 040,5	6 042,9	6 043,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 740	2 666	3 573	3 354	4 233	2 006	3 489	3 518	3 643
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	5,3	7,0	6,8	8,3	4,0	6,8	7,1	7,1
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 260	5 047	4 994	5 042	5 510	4 855	5 129	4 950	5 236
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,5	10,0	9,7	10,2	10,8	9,8	10,0	10,0	10,2
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 113	5 082	4 774	4 979	4 817	4 868	4 723	4 797	4 608
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,2	10,1	9,3	10,0	9,4	9,8	9,2	9,7	9,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	24	23	17	35	27	24	25	21
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,8	4,6	3,4	6,4	5,6	4,7	5,1	4,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	147	- 34	220	63	693	- 13	406	153	628
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,3	- 0,1	0,4	0,1	1,4	- 0,0	0,8	0,3	1,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 255	13 316	11 361	12 012	15 181	13 702	12 316	14 128	15 364
darunter aus dem Ausland	"	5 471	5 443	4 976	5 143	6 433	6 296	6 059	6 810	6 693
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 033	12 995	10 533	11 617	16 608	11 263	10 246	11 867	15 265
darunter in das Ausland	"	6 113	6 000	4 712	5 037	8 644	4 510	4 445	5 264	7 235
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	222	320	828	395	- 1 427	2 439	2 070	2 261	99
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 614	18 631	16 668	17 671	20 648	17 797	16 847	18 506	20 325
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	260 796	254 050	248 167	240 426	236 732	237 919	232 086	227 818	225 484
darunter Frauen	"	109 524	109 250	110 256	106 768	105 004	107 200	104 659	102 739	102 123
Männer	"	151 272	144 800	137 911	133 658	131 728	130 719	127 437	125 079	123 361
Ausländer	"	55 742	55 070	52 424	52 257	52 145	49 176	48 439	48 006	47 950
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 810	6 339	7 175	6 747	6 254	6 698	6 470	6 112	5 559
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,4	10,0	9,8	9,5	9,3	9,3	9,1	8,9	8,8
darunter der Frauen	"	9,9	9,7	9,7	9,4	9,3	9,2	9,0	8,9	8,8
Männer	"	10,7	10,3	9,8	9,5	9,4	9,3	9,1	8,9	8,8
Ausländer	"	19,0	18,6	17,6	17,6	17,5	16,6	16,4	16,2	16,2
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	9,3	8,9	10,2	9,6	8,9	9,3	8,9	8,4	7,7
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	21 381	26 021	26 758	26 328	23 978	32 317	31 706	32 012	30 339
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	11 788	6 505	3 286	3 953	4 803	4 611	3 513	4 152	4 857
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
* Arbeitnehmer insgesamt ¹⁰⁾	1000	2 110,5	2 087,6	2 092,7	2 076,2	2 082,7	2 107,2	2 084,2	2 074,9	2 078,8
darunter Frauen	"	907,4	899,0	901,3	899,0	895,7	904,0	897,3	895,8	893,0
Ausländer	"	235,7	226,9	231,2	227,1	227,7	228,9	224,0	222,7	223,5
Teilzeitbeschäftigte	"	290,0	296,8	290,8	294,9	294,8	295,8	301,5	305,3	306,6
darunter Frauen	"	262,6	265,0	262,7	265,4	263,8	263,7	267,2	269,8	270,3
Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung:										
* Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	"	22,9	22,2	22,9	22,6	21,8	22,0	22,5	22,4	22,3
darunter Frauen	"	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,4	3,5	3,5	3,4
* Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau) ¹¹⁾	"	624,3	606,2	613,9	609,0	605,0	606,7	604,1	596,4	595,6
darunter Frauen	"	180,1	153,0	156,5	154,9	153,2	152,7	151,3	150,3	149,1
Baugewerbe	"	126,0	117,3	121,0	114,3	119,3	121,8	113,9	109,7	112,4
darunter Frauen	"	13,5	13,0	13,3	13,1	13,0	13,1	12,8	12,6	12,5
Handel	"	311,4	302,7	310,2	308,5	301,5	302,8	297,9	297,8	297,0
darunter Frauen	"	160,0	155,5	159,3	158,5	154,5	155,3	153,5	152,9	151,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	"	138,5	140,0	136,8	136,3	138,3	141,9	143,6	144,2	144,4
darunter Frauen	"	46,8	46,8	45,5	45,6	46,3	47,5	47,6	47,8	47,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	133,3	134,4	133,6	134,1	133,5	135,4	134,6	134,4	134,3
darunter Frauen	"	65,9	66,2	66,8	66,3	66,8	66,7	66,0	66,1	66,1
Dienstleistungen ¹⁰⁾	"	550,8	562,0	550,1	547,7	560,1	572,9	567,2	570,7	573,5
darunter Frauen	"	340,6	343,8	340,0	339,5	342,3	347,8	345,4	345,6	345,5
* Organisationen ohne Erwerbscharakter ¹¹⁾	"	64,6	65,6	65,1	65,5	65,2	65,8	66,0	66,0	65,8
darunter Frauen	"	39,5	40,2	39,8	40,2	40,0	40,3	40,4	40,6	40,4
* Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	"	138,8	137,1	139,1	138,2	138,0	137,9	134,4	133,4	133,3
darunter Frauen	"	77,5	77,2	77,6	77,5	77,3	77,4	76,7	76,5	76,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Ohne Land- und Forstwirtschaft. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Einschl. der Fälle ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. — 10) Soweit anderweitig nicht genannt. — 11) Sowie private Haushalte. — 12) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾										
Rinder	Anzahl	9 392	8 526	6 385	6 049	7 888	6 147	5 549	6 610	7 140
Kälber	"	315	317	193	231	260	183	255	224	248
Schweine	"	109 632	110 555	99 086	105 961	107 764	96 100	102 396	107 026	101 096
darunter hausgeschlachtet	"	10 598	10 131	3 989	3 672	5 902	4 219	3 393	3 833	4 173
Schlachtmengen²⁾										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 705	11 755	10 839	11 361	11 814	10 646	10 909	11 662	11 210
darunter von										
* Rindern	"	2358	2 206	1 929	1 798	2 247	1 893	1 720	2 033	2 136
* Kälbern	"	25	27	20	20	21	18	31	19	15
* Schweinen	"	9 050	9 265	8 661	9 286	9 332	8 386	8 898	9 284	8 766
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumei ³⁾	1000 St.	28 341	30 523	30 872	31 256	31 747	30 823	29 755	29 601	29 952
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	86 948	91 024	87 215	82 042	91 281	91 395	87 742	81 871
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 446	81 309	85 321	81 513	76 524	86 587	86 545	82 892	77 176
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,0	16,6	16,6	15,9	15,5	17,4	16,9	16,2	15,6
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	477,9	470,1	471,8	472,2	472,4	463,8	465,5	466,6	466,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerb. Azubi.)	"	284,5	281,3	283,5	283,3	282,8	274,5	276,2	276,3	275,4
* Geleistete Arbeitsstunden	"	36 462	36 485	37 521	32 760	37 533	36 590	33 679	33 995	36 936
* Brutto lohnsumme	Mill. DM	1 281,3	1 301,1	1 299,5	1 267,2	1 261,6	1 346,1	1 279,1	1 244,1	1 241,0
* Bruttogehaltssumme	"	1 405,5	1 415,7	1 355,8	1 324,3	1 341,6	1 491,4	1 372,1	1 337,2	1 363,5
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 766,1	12 836,2	13 182,8	10 843,9	13 688,5	13 465,3	12 216,0	11 750,7	14 085,9
* darunter Auslandsumsatz	"	4 161,7	4 285,7	4 360,3	3 313,2	4 443,3	4 483,9	4 056,7	3 704,7	4 800,2
Exportquote ⁵⁾	%	32,6	33,4	33,1	30,6	32,5	33,4	33,2	31,5	34,1
Index der Nettoproduktion										
Insgesamt ⁶⁾	1991 = 100	93,9	95,1	96,3	83,0	101,0
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	99,4	101,0	105,0	89,2	108,5
Investitionsgüterproduzenten	"	80,7	82,9	81,3	60,9	84,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	71,8	70,7	68,4	49,2	80,8
Verbrauchsgüterproduzenten	"	88,5	84,9	92,8	79,7	88,2
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100	94,1	95,3	96,4	83,1	101,2
darunter										
Chemische Industrie	"	100,2	91,8	97,3	80,8	92,8
Maschinenbau	"	81,4	84,0	89,1	71,9	87,8
Fahrzeugbau	"	96,5	107,9	105,4	84,4	111,4
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	76,0	83,3	83,3	72,6	90,9
Wertmäßiger Auftragsingang⁷⁾										
Insgesamt	% ⁸⁾	2,1	3,1	19,2	- 1,9	- 2,6	- 2,5	25,1	8,0	0,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	7,7	2,2	1,0	- 3,1	- 0,7	0,4	- 5,5	9,9	0,7
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,5	8,3	56,7	3,7	- 7,0	- 3,0	- 48,6	7,2	6,8
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 1,1	- 6,4	- 19,1	- 23,6	- 0,3	- 8,2	- 13,0	16,0	- 25,0
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 5,5	- 6,1	- 7,7	- 3,9	2,3	- 13,8	7,6	- 0,7	- 10,5
Auftragsingang nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,2	- 1,6	1,7	- 5,2	- 12,5	- 8,1	- 2,8	4,1	- 1,3
Maschinenbau	"	7,5	0,1	4,7	- 6,2	- 6,2	- 5,9	- 16,9	1,8	- 0,7
Kraftwagen und -teile	"	- 7,8	6,2	- 16,2	16,4	- 2,4	- 10,1	- 18,9	6,2	- 7,6
Herstellung von Metallzeugnissen	"	1,2	4,9	3,6	- 2,6	4,8	0,5	- 6,9	11,9	- 4,1
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 317,7	2 540,3	2 620,0	2 584,1	2 478,2	2 320,1	2 444,1	2 486,5	2 606,6
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 652,7	2 746,4	2 563,9	2 462,4	2 577,7	2 495,3	2 428,5	2 422,2	2 578,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungspätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	68,5	63,8	63,1	62,8	62,9	60,8	61,7	62,4	62,4
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	36,1	33,5	33,7	33,3	33,2	32,1	33,0	33,1	33,1
Fachwerker und Werker	"	10,8	10,2	10,1	10,1	10,2	9,3	9,6	9,7	9,7
gewerblich Auszubildende	"	3,7	3,2	2,8	3,1	3,2	2,9	2,7	3,2	3,2
* Geleistete Arbeitsstunden	"	6 354	5 916	6 955	5 992	6 722	6 551	6 330	6 395	6 890
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 303	2 183	2 575	2 171	2 461	2 507	2 355	2 419	2 637
gewerblichen und industriellen Bau	"	2 036	1 849	2 053	1 861	2 020	1 935	1 922	1 870	2 033
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 986	1 826	2 237	1 899	2 166	2 081	2 011	2 076	2 190
* Bruttohohnsumme ³⁾	Mill. DM	206,9	191,9	205,2	194,3	195,5	193,8	197,4	199,9	199,8
* Bruttogehaltssumme	"	91,0	85,3	86,3	81,5	80,3	84,5	81,9	78,6	76,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 056,8	975,1	1 100,2	972,3	1 034,2	1 101,5	1 177,1	1 115,3	1 201,7
* Index des Auftragsleistungsindex ⁴⁾	1995 = 100	95,2	83,1	105,6	83,6	108,5	106,8	86,7	94,3	94,9
darunter										
Wohnungsbau	"	74,1	69,1	80,1	83,2	61,9	67,5	82,3	80,0	72,6
gewerblicher und industrieller Bau	"	107,4	85,4	104,6	77,3	113,7	114,5	82,6	101,2	96,2
öffentlicher und Verkehrsbau	"	91,8	88,1	120,8	91,7	127,6	118,8	94,2	93,5	105,5
Ausbaugewerbe⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	27,6	26,2	.	.	26,6	24,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	8 193	7 719	.	.	7 927	7 273,0
* Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	354,1	339,2	.	.	338,9	334,2
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 166,2	1 115,2	.	.	1 188,9	1 102,9
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	868	995	1 079	1 032	1 085	1 273	1 147	1 004	1 462
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	736	866	969	893	955	1 136	1 022	924	1 300
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 064	1 122	1 124	1 139	1 195	1 366	1 237	1 023	1 530
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	200	211	212	217	221	253	228	187	289
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	607 658	599 957	623 869	613 307	627 033	736 881	644 575	605 453	800 536
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	229	238	278	273	242	335	268	232	392
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	766	684	867	691	632	839	749	1 009	1 351
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	169	164	214	169	162	192	173	234	316
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	328 268	310 505	415 556	337 694	276 318	395 071	343 483	321 490	599 757
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 485	2 411	2 509	2 604	2 386	2 713	1 958	2 082	3 165
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 765	11 851	12 553	12 401	12 293	14 361	11 518	10 334	16 844
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	98,8	106,5	109,0	94,6	104,6	106,8	105,5	99,0	103,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	100,1	101,6	104,2	90,3	99,8	102,2	101,0	94,8	99,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	97,7	102,0	102,9	93,3	95,9	98,0	100,7	94,3	94,9
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	110,1	112,2	121,3	98,0	108,1	131,8	121,0	103,9	112,0
Apotheken ¹²⁾	"	107,2	114,1	120,6	104,0	112,3	118,0	115,4	111,7	116,2
Bekleidung	"	90,2	88,8	89,5	73,4	93,5	81,2	84,8	72,0	82,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	93,7	97,6	94,0	80,2	94,4	89,0	88,3	82,7	93,2
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	96,5	97,1	105,4	98,0	98,1	103,7	106,8	101,2	107,1
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	95,6	93,7	92,9	93,5	93,7	89,8	89,9	90,7	91,4
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	93,5	91,7	90,3	87,8	96,4	92,5	88,0	88,7	101,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,8	95,1	95,4	92,9	102,2	97,4	94,0	95,2	106,7
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,0	100,3	96,4	91,8	121,9	104,1	92,7	98,1	130,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbühallen	"	93,9	92,2	94,1	94,3	90,5	92,8	92,2	95,7	95,7
Kantinen und Caterer	"	95,7	96,3	105,5	99,5	106,0	107,1	110,8	103,7	106,6
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	96,7	95,0	95,6	97,0	96,3	90,0	89,6	90,4	90,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Malern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteile. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Junl	Juli	August	Mai	Junl	Juli	August
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Miil. DM	4 252,3	4 404,9	4 635,1	4 618,9	3 403,1	4 100,6	4 535,8	4 406,6	3 562,4
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,8	106,4	117,6	138,2	109,3	89,5	105,3	118,5	97,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 147,5	4 298,4	4 517,5	4 480,7	3 293,8	4 011,1	4 430,5	4 288,1	3 464,8
davon										
* Rohstoffe	"	29,8	36,3	43,5	38,8	26,9	36,5	43,8	33,3	28,1
* Halbwaren	"	288,8	332,6	367,1	303,4	245,3	292,7	396,1	378,6	257,5
* Fertigwaren	"	3 829,0	3 927,5	4 106,9	4 138,5	3 021,5	3 681,9	3 990,6	3 876,3	3 179,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	704,8	734,1	853,2	741,7	540,3	828,4	815,0	794,6	739,9
* Enderzeugnisse	"	3 124,2	3 193,5	3 253,7	3 396,8	2 481,3	2 853,6	3 175,6	3 081,7	2 439,3
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 014,9	1 029,0	1 107,2	1 021,2	733,9	1 176,2	1 069,7	1 049,4	997,8
Maschinen	"	699,4	740,4	788,0	804,9	665,5	593,2	714,7	753,2	569,6
Fahrzeuge	"	741,3	692,2	710,7	716,5	424,6	621,8	691,1	490,4	346,4
elektrotechnische Erzeugnisse	"	450,6	485,2	460,4	548,7	377,8	406,2	483,7	518,0	364,5
Eisen- und Metallwaren	"	296,8	312,1	338,3	318,1	263,2	269,6	283,5	362,2	308,0
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 187,4	2 367,8	2 480,8	2 515,9	1 736,4	2 371,4	2 462,1	2 329,7	1 982,7
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	344,5	392,0	423,8	460,7	293,2	332,5	460,1	400,1	312,3
Frankreich	"	388,2	434,5	447,4	446,1	308,1	422,3	446,3	409,9	322,3
Italien	"	265,8	301,2	331,8	341,4	191,2	341,3	307,3	312,6	255,6
Niederlande	"	247,3	265,9	279,6	255,6	225,8	272,0	269,9	252,1	222,4
Belgien-Luxemburg	"	304,5	296,0	306,1	288,9	186,3	207,6	227,1	230,0	195,0
Österreich	"	200,0	219,4	213,0	253,3	182,5	265,4	261,7	231,6	234,8
EFTA-Länder ³⁾	"	232,3	239,6	273,7	250,1	213,0	183,5	251,7	241,7	206,2
darunter										
Schweiz	"	192,8	199,0	227,3	206,3	180,9	157,1	211,7	204,5	180,1
Norwegen	"	37,0	37,6	43,4	40,7	29,9	24,3	36,4	33,8	23,0
USA	"	424,0	453,1	439,0	409,6	284,2	403,0	480,5	447,6	319,2
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	"	6 472,2	6 609,3	7 079,9	6 586,0	5 666,8	7 162,5	6 997,0	6 805,9	6 507,1
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	330,5	321,4	295,7	355,9	276,9	315,8	325,3	364,7	324,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 141,7	6 287,9	6 784,2	6 229,1	5 389,9	6 846,8	6 671,7	6 441,2	6 182,8
davon										
* Rohstoffe	"	69,8	78,9	96,5	71,8	49,1	91,4	86,1	84,9	72,9
* Halbwaren	"	554,1	576,2	667,9	572,1	494,3	423,6	545,8	560,2	500,1
* Fertigwaren	"	5 517,8	5 632,8	6 017,9	5 585,2	4 845,4	6 331,8	6 039,8	5 796,1	5 609,8
davon										
* Vorerzeugnisse	"	684,8	725,2	854,5	748,4	748,6	665,3	694,6	606,1	707,3
* Enderzeugnisse	"	4 833,0	4 907,6	5 163,4	4 836,8	4 096,9	5 666,5	5 345,2	5 190,0	4 902,5
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 333,7	3 341,6	3 565,1	3 433,1	2 760,4	3 381,8	3 637,0	3 013,2	3 366,4
FREMDEVERKEHR ⁴⁾										
* Gästekünfte	1000	710	728	853	778	749	854	864	770	803
* darunter von Auslands Gästen	"	181	187	221	237	229	202	216	239	229
* Gästedübernachtungen	"	1 902	1 904	2 175	2 192	2 253	2 194	2 213	2 218	2 375
darunter von Auslands Gästen	"	351	360	395	440	458	367	380	447	485
Gästedübernachtungen nach Berichts-										
gemeindeguppen:										
Heilbäder	"	591	573	641	672	705	643	655	700	730
Luftkurorte	"	143	134	172	191	193	168	168	194	193
Erholungsorte	"	96	95	117	141	164	122	117	136	152
Sonstige Gemeinden	"	1 071	1 102	1 245	1 189	1 191	1 260	1 272	1 188	1 300
darunter Großstädte	"	468	488	520	470	481	525	532	481	542
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 288	1 248	1 315	1 283	1 089	1 038	1 317	1 196	1 318
davon										
* Güterversand	"	220	208	183	244	174	180	170	188	180
* Gütereingang	"	1 067	1 045	1 131	1 039	915	857	1 146	1 010	1 138

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Junl	Juli	August	Mai	Junl	Juli	August
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	33 923	36 261	42 029	37 033	33 572	33 300	40 138	36 454	28 571
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 543	31 978	36 488	32 102	29 388	28 854	34 575	32 120	24 465
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 486	1 704	1 552	1 725	2 102	1 652	2 228	1 619	1 509
Krafträder (einschl. Kraftrollem)	"	2 303	2 090	3 415	2 688	1 684	2 251	2 667	2 189	2 245
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	233	275	321	292	230	285	358	303	185
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 184	2 174	2 348	2 540	2 201	2 638	2 685	2 422	2 573
* Getötete Personen ²⁾	"	50	45	43	49	65	51	49	48	62
* Verletzte Personen	"	2 940	2 934	3 094	3 468	2 856	3 503	3 602	3 187	3 500
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 081	38 403	111 825	.	.	.	111 217	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 585	37 875	110 114	.	.	.	109 573	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	515	528	1 711	.	.	.	1 644	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 871	24 159	72 982	.	.	.	72 881	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 544	18 938	53 772	.	.	.	53 940	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	5 328	5 221	19 210	.	.	.	18 940	.	.
Einnahmen	1000 DM	76 536	80 971	238 372	.	.	.	227 999	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 621	66 591	184 115	.	.	.	173 619	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 914	14 379	54 257	.	.	.	54 379	.	.
GELD UND KREDIT										
B a n k e n⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Milli. DM	817 384	877 727	855 715	.	.	.	861 574	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanker ⁶⁾	"	686 477	726 864	702 649	.	.	.	721 116	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	"	93 068	104 558	96 493	.	.	.	117 792	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	593 409	622 306	606 156	.	.	.	603 325	.	.
Erlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	528 954	581 386	551 160	.	.	.	640 767	.	.
Z a h l u n g s s c h w i e r i g k e i t e n										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	218	209	209	250	174	217	200	232	199
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	167	164	170	200	134	181	148	187	147
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	51	45	39	50	40	36	52	45	52
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	218	209	209	249	174	217	200	232	199
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	165	161	170	191	139	167	150	152	114
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	102,8	104,1	104,3	104,6	104,5	104,8	104,9	105,4	105,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,5	102,9	104,1	103,3	102,5	103,5	102,9	102,1	101,4
Bekleidung, Schuhe	"	101,4	102,4	102,5	102,6	102,6	103,3	103,3	103,3	103,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	103,9	105,4	105,6	105,6	105,6	107,4	107,4	107,5	107,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	101,1	101,9	102,0	102,1	102,2	102,3	102,3	102,3	102,3
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	103,8	105,0	105,2	106,0	105,7	106,2	107,5	108,5	109,5
Nachrichtenübermittlung	"	97,8	97,2	97,6	97,6	97,6	88,3	87,5	87,4	87,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,0	102,8	102,3	104,3	104,5	101,9	102,4	105,5	105,0
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	102,1	102,2	104,0	104,1	102,8	103,5	105,1	105,8
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	102,7	103,9	104,1	104,5	104,6	104,7	104,9	105,4	105,6
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	99,8 ¹⁴⁾	100,0 ¹⁴⁾	.	.	100,3	100,1	.	.	100,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postglo- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Junl	Jul	August	Mal	Junl	Jul	August
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. DM	5 518,1	5 930,0	8 399,3	5 532,4	4 511,6	5 561,0	9 197,0	5 899,7	5 344,1
davon	"	4 718,4	5 157,3	7 619,0	4 732,5	3 863,5	4 945,9	8 367,7	5 114,7	4 577,1
Gemeinschaftsteuern	"	2 324,4	2 413,3	2 611,4	2 511,0	2 242,2	2 495,8	2 919,8	2 837,2	2 486,1
davon	"	- 5,4	52,4	484,8	- 312,8	- 185,2	- 90,4	744,3	- 274,0	- 147,1
Lohnsteuer ²⁾	"	237,3	324,7	1 061,5	721,8	341,5	205,1	1 311,8	681,8	271,1
veranlagte Einkommensteuer	"	339,5	352,0	242,4	294,6	281,0	234,5	239,1	99,4	265,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	263,7	424,1	1 657,1	- 133,9	- 379,7	104,5	1 524,3	- 0,4	- 84,3
Zinsabschlag ²⁾	"	1 347,7	1 353,8	1 326,1	1 386,1	1 329,2	1 742,3	1 393,9	1 523,3	1 507,7
Körperschaftsteuer ²⁾	"	211,1	237,0	235,6	265,7	234,4	254,2	234,4	247,5	278,5
Umsatzsteuer	"	498,8	448,0	495,5	387,9	394,2	374,1	579,8	383,9	484,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	97,0	94,3	92,7	93,3	93,9	119,2	99,9	102,3	135,6
Bundessteuern	"	111,9	109,9	96,5	58,0	150,8	84,2	70,9	64,1	150,8
darunter	"	37,4	31,2	32,7	32,6	28,7	27,5	22,9	30,2	27,7
Mineralölsteuer	"	228,6	240,8	252,1	241,0	221,4	208,1	226,6	247,5	240,4
Versicherungsteuer	"	19,7	9,2	8,5	6,2	15,3	4,6	6,1	13,4	11,6
Zölle ³⁾	"	31,8	36,8	50,5	30,7	33,2	26,1	24,6	34,7	47,4
Landesteuern	"	54,6	67,4	57,1	74,9	65,5	66,0	74,1	79,1	74,5
darunter	"	91,8	95,9	109,3	98,9	73,2	87,0	96,9	90,4	74,9
Vermögensteuer	"	36,9	52,8	0,0	138,4	3,9	5,4	0,0	123,3	14,2
Erbschaftsteuer	"									
Grundwerbsteuer	"									
Kraftfahrzeugsteuer	"									
Gewerbsteuerumlage	"									
		1997	1998	1997	1998			1999		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.	März	Junl
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. DM	2 544,9	2 801,9	3 351,4	1 835,5	2 809,3	2 865,0	3 697,8	1 776,3	2 727,5
davon	"	8,4	8,5	6,7	8,8	8,4	10,0	6,9	8,2	8,4
Grundsteuer A	"	270,5	288,3	226,5	261,2	343,6	305,9	242,5	261,0	336,8
Grundsteuer B	"	1 246,9	1 366,2	1 346,4	1 206,4	1 355,1	1 550,6	1 352,6	1 205,7	1 208,6
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	983,8	1 011,5	1 740,4	323,0	1 061,8	964,1	1 878,6	259,6	1 037,5
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	35,3	35,2	31,4	36,1	40,5	34,3	29,7	37,3	40,5
andere Steuern ⁵⁾	"									
		1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 403	4 515	4 388	4 481	4 515	4 599	4 487	4 579	4 637
* Männliche Arbeiter	"	4 563	4 678	4 518	4 643	4 678	4 769	4 647	4 741	4 800
darunter Facharbeiter	"	4 792	4 966	4 790	4 927	4 960	5 070	4 945	5 058	5 105
* Weibliche Arbeiter	"	3 356	3 426	3 361	3 418	3 426	3 450	3 443	3 485	3 525
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 119	3 158	3 136	3 156	3 161	3 165	3 166	3 194	3 238
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,00	27,67	27,25	24,47	27,58	28,04	27,89	28,06	28,25
* Männliche Arbeiter	"	27,89	28,58	28,16	26,38	28,47	28,96	28,84	28,96	29,14
darunter Facharbeiter	"	29,14	30,59	30,11	30,32	30,43	31,08	30,99	31,13	31,27
* Weibliche Arbeiter	"	21,03	21,45	21,24	21,33	21,44	21,61	21,63	21,82	22,04
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,32	19,63	19,52	19,57	19,67	19,69	19,70	19,80	20,02
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 413	6 558	6 447	6 530	6 549	6 630	6 572	6 705	6 738
* kaufmännische Angestellte	"	5 996	6 150	6 077	6 118	6 136	6 211	6 199	6 312	6 343
* männliche Angestellte	"	6 885	7 036	6 956	7 008	7 008	7 110	7 083	7 217	7 227
* weibliche Angestellte	"	4 964	5 098	5 029	5 063	5 106	5 143	5 146	5 228	5 280
* technische Angestellte	"	6 780	6 906	6 766	6 881	6 904	6 983	6 896	7 047	7 086
* männliche Angestellte	"	6 908	7 057	6 914	7 033	7 055	7 136	7 048	7 202	7 240
* weibliche Angestellte	"	5 327	5 435	5 349	5 405	5 446	5 481	5 453	5 560	5 608
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁷⁾	"	5 154	5 346	5 239	5 330	5 350	5 398	5 475	5 606	5 601
insgesamt	"	5 173	5 367	5 264	5 353	5 372	5 416	5 506	5 634	5 627
* kaufmännische Angestellte	"	5 786	5 978	5 861	5 975	5 989	6 023	6 123	6 293	6 262
* männliche Angestellte	"	4 433	4 600	4 531	4 576	4 600	4 646	4 732	4 817	4 825
* weibliche Angestellte	"									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Jul und Oktober. — 7) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

BUCHBESPRECHUNGEN

Lokale Kommunikation

Politikberichterstattung in Tageszeitungen. Von K. Neller, aus der Reihe „DUV Sozialwissenschaft“, XIV und 136 Seiten, kartoniert, 38,00 DM, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden, 1999.

Eine wichtige Informationsquelle zum Geschehen auf kommunaler Ebene ist die lokale Tageszeitung. Die Inhalte der lokalen Presseberichterstattung werden in der Forschung ganz unterschiedlich bewertet. Einerseits werfen Kommunikationswissenschaftler den Lokalmedien meist „Hofberichterstattung“ und „Verlautbarungsjournalismus“ vor, andererseits unterstellen Politikwissenschaftler den Medien „Negativismus“, der als eine Ursache für Politikverdrossenheit gesehen wird. Am Beispiel der beiden Stuttgarter Lokalzeitungen (Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten) geht die Autorin der Frage nach, in welche der aufgezeigten Richtungen die lokale Politikberichterstattung tendiert. Auf der Basis einer inhaltsanalytischen Untersuchung wurden folgende Resultate ermittelt. Die lokale Politikberichterstattung der untersuchten Stuttgarter Lokalzeitungen ist tendenziell neutral und wird von der kommunalpolitischen Entscheidungselite dominiert. Diesbezüglich kommt die Autorin zum Fazit „Hofberichterstattung“, da die Berichterstattung beider Lokalzeitungen die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat widerspiegelt und zudem Parteien, die nicht im Gemeinderat vertreten sind, in der Berichterstattung ebenso unterrepräsentiert sind wie Bürgerinitiativen. Der Lokalberichterstattung kann eine integrative Funktion zugeschrieben werden. 6896

Presse-Taschenbuch Umweltschutz und Arbeitssicherheit 98/99

Herausgegeben von Messer Griesheim GmbH, überarbeitete Auflage, 510 Seiten, Plastikeinband, 48,00 DM, Kroll-Verlag, Seefeld/Obb., 1998.

Das handliche Taschenbuch, auf Dünndruckpapier gedruckt, enthält die Anschriften von rund 1000 Journalisten und Fachfotografen, die über Umwelt und Arbeitssicherheit berichten (mit Angaben zu Spezialgebieten, Privat- und Dienstanschriften). Es vermittelt ferner Informationen über 1100 Fachzeitschriften-Redaktionen mit Verlagen und Redakteuren, die Tages-, Wochen- und Publikumspresse mit den zuständigen Ressortleitern für Umwelt/Wirtschaft/Technik/Wissenschaft, Funk- und Fernsehstationen, Branchen-Infodienste, Bibliotheken, Dokumentationsstellen und Datenbanken. Weitere Kontakte bieten die Kapitel „Industrie und Wirtschaft“ mit den Pressestellen von Unternehmen der Umwelttechnik, Umweltberater und -dienstleister sowie „Wissenschaft und Ausbildung“ mit Informationen über Umweltwissenschaften bei Universitäten und Fachhochschulen und bei privaten Forschungseinrichtungen. Außerdem sind die Kontaktadressen zu Bundes- und Landesbehörden und rund 1200 Adressen von Umweltschutzorganisationen, Verbänden und Spitzengremien mit ihren Vorsitzenden, Geschäftsführern und Pressestellen enthalten. Im Namenverzeichnis werden mehrere tausend Einträge aufgelistet. 6915

Erfolgreich durch interne Kommunikation

Mitarbeiter besser informieren, motivieren, aktivieren. Von Franz Klöfer, 302 Seiten, gebunden, 78,00 DM, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, 1998.

Im Zeichen von Wettbewerb und Globalisierung steigen die Anforderungen an die Mitarbeiter — im selben Atemzug droht der Verlust vieler Arbeitsplätze. In diesem Spannungsfeld kommt der internen Kommunikation im Betrieb eine besondere Rolle zu: Unternehmerische Zielsetzungen sind zwischen Management und Mitarbeitern transparent zu machen; Veränderungen verlangen eine offene, gewollte und beteiligende Kommunikation mit fest vereinbarten Leitlinien. Das vor-

liegende Buch erläutert Zielvorgaben, Instrumente und Maßnahmen der internen Kommunikation. Die betriebswirtschaftliche Seite einschließlich einer Effizienz- und Kostenkontrolle wird ebenso beleuchtet wie die aktive Rolle der Führungskräfte und Mitarbeiter. Im zweiten Teil des Buches geben Profis für Mitarbeiterkommunikation der Firmen BASF, Bosch, Daimler-Chrysler Aerospace, Lurgi, Melitta, Scheering, Siemens und Nixdorf in 20 Praxisbeispielen Impulse für eine überlegt gestaltete Kommunikationsarbeit. 6919

E-Mail: Revolution im Unternehmen

Wie sich Motivation, Kommunikation und Innovationsgeist der Mitarbeiter wandeln. Von Hartmut Frey, 125 Seiten, kartoniert, 148,00 DM, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, 1999.

Die Studie im Auftrag des Bundesforschungsministeriums untersucht die Auswirkungen von E-Mail, Intranet und Video-Konferenzen auf die Berufswelt. Der Autor konnte radikale Veränderungen feststellen und zeigt auf, wie die neuen elektronischen Kommunikationsmittel auf Motivation, Kommunikationsverhalten und Innovationsgeist der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirken. Der Studie gründet auf der Befragung von Beschäftigten in 50 Unternehmen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Produktion, Vertrieb und Management. Aus den Antworten lassen sich Rückschlüsse ziehen, bei welchen Tätigkeiten der Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel sinnvoll ist, und wo der persönliche Kontakt unersetzlich bleibt. So erhalten die Verantwortlichen für Kommunikationsprozesse wertvolle Hinweise für die Planung und Verwirklichung, aber auch für die Korrektur eigener Kommunikations-Konzepte. Darüber hinaus liefert das Buch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse über das Lernverhalten von Mitarbeitern im Zusammenhang mit multimedialem Lernen und gibt konkrete Empfehlungen für die Unternehmenspraxis. 6920

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Disziplinarrecht des Bundes und der Länder

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbeamtengesetzes und der Bundesdisziplinarordnung unter Einbeziehung des entsprechenden Rechts der Länder. Ergänzbare Kommentar. Von Prof. Dr. H. D. Weiß; Band II der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 2/99 vom Mai 1999, 6478 Seiten in 5 Spezialordnern) 348,00 DM, zuzüglich je 11,80 DM für Spezialordner; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 1999. 5222/28

Betäubungsmittelrecht - Suchtbekämpfung

mit Kommentar zum Betäubungsmittelgesetz - Suchtbekämpfung - Sammlung des gesamten Betäubungsmittelrechts des Bundes und der Länder einschließlich der internationalen Bestimmungen. Bearbeitet von Prof. Dr. P. V. Lundt und Dr. P. Schiwy, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 61. Erg.-Lfg. vom Mai 1999, rd. 1900 Seiten in Plastikordner); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 1999. 5369/33

Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz

Dokumentation Bund, Länder, Kirchen, Ausland und Internationales: Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlung zum Datenschutz. Herausgegeben von Prof. Dr. S. Simits, Dr. U. Dammann, Dr. H. Geiger, Dr. O. Mallmann und Dr. S. Walz, bearbeitet von Dr. U. Dammann; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 30. Lieferung vom Mai 1999, ca. 1200 Seiten, in 4 Plastikordnern) 234,00 DM, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1999. 5391/21

Sozialgesetzbuch (SGB)

Textausgabe mit Hinweisen und Materialien von Prof. Dr. H. F. Zacher, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 136. Erg.-Lfg. vom Juni 1999, 2 Plastikordner); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 1999. 4724/39

BUCHBESPRECHUNGEN

Corporate Design in Vordrucken

Normen als notwendiger Gestaltungsrahmen. Herausgegeben vom Bundesverwaltungsamt, Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik (BBB), Köln, 66 Seiten, broschiert, 48,00 DM zuzügl. Mehrwertsteuer (für AWV-Mitglieder und Schulen 20 % Rabatt, Behörden bekommen die Schrift bei der BBB), AWV-Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V., Eschborn, 1998.

Alle Wertvorstellungen Qualitätsziele, Verhaltensweisen und andere Aspekte der „Persönlichkeit“, die ein Unternehmen oder eine Behörde der Öffentlichkeit vermittelt, werden unter dem Begriff „Corporate Identity“ (CI) zusammengefaßt. Neben dem Produkt- und Dienstleistungsangebot, dem Kommunikationsverhalten und den Werbemaßnahmen dient die einheitliche Gestaltung von Vordrucken und Informationsträgern dazu, diese Identität darzustellen und zu transportieren. Das durch die konsequente Gestaltung erreichte einheitliche Erscheinungsbild einer Institution wird als „Corporate Design“ (CD) bezeichnet. Die vorliegende Broschüre stellt dar, wie die Funktionalität von Vordrucken und ihre Bedeutung als Imageträger in Einklang gebracht werden können. Als Einführung in das Thema werden zunächst Voraussetzungen, Ziele, Elemente (Logo, Hausfarbe, Hauschrift, Basislayout, Papierart) und Anwendungsgebiete des CD dargestellt. Ausführlich werden auch die Vordruck-Normen für Geschäftsbriefe, Kurzmittellungen etc. als Gestaltungsrahmen erläutert. Anhand praktischer Beispiele wird ferner gezeigt, daß es durchaus möglich ist, die funktionellen Merkmale der Normen zu beachten und gleichzeitig den grafisch-werblichen Teil zu gestalten. Ein übersichtlich und verständlich gestalteter Vordruck, der den Kunden den Umgang mit Vordrucken erleichtert, wirkt für sich positiv. 6857

Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg

Eine Abrechnung mit den POP-Ökonomen. Von P. Krugman, aus dem Amerikanischen von H. Allgeier, 239 Seiten, gebunden, 48,00 DM Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1999.

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine Sammlung von Artikeln und Aufsätzen aus den Jahren 1993 bis 1995. Auch wenn die Entwicklung der letzten Jahre zwangsläufig nicht berücksichtigt werden konnte, ist Paul Krugmanns kritische Auseinandersetzung mit prominenten amerikanischen Wissenschaftlern und Autoren sehr lesenswert. Er setzt schlüssig auseinander, daß die Gleichsetzung von Unternehmen mit Nationen im internationalen Wettbewerb, oft „Wirtschaftskrieg“ genannt, falsch ist. Der Autor zeigt auf, daß der Welthandel kein Nullsummenspiel ist, bei dem Gewinnern zwangsläufig Verlierer gegenüberstehen. Ein Land mit ungünstigerer Produktivitätsentwicklung muß nicht im Welthandel zurückfallen. Der Wohlstand in einem Land ist abhängig von der inländischen Produktivitätsentwicklung, nicht an der an den Wettbewerbern gemessenen. Krugmann legt dar, daß der Rückgang des Anteils des industriellen Sektors in den USA nur zum geringen Teil am internationalen Wettbewerb, sondern überwiegend an der überdurchschnittlichen Produktivitätsentwicklung der Industrie und an der geänderten Ausgabenstruktur der Verbraucher liegt. Die Gefahr der Wettbewerbsideologie, die ja nicht nur in den USA zu Hause ist, sieht er in der Verschwendung von Steuergeldern, im Protektionismus und in einer falschen Wirtschaftspolitik auf verschiedenen Feldern. 6891

Mind Mapping und Gedächtnistraining

Themen übersichtlich strukturieren, kreatives Arbeiten, ein besseres Gedächtnis. Von Ingemar Svantesson, 4. Auflage, 110 Seiten, gebunden, 36,00 DM, GABAL Verlag, Offenbach, 1998.

Mind Mapping ist eine kreative Arbeitstechnik, um Notizen, Gedanken und Ideen festzuhalten und später besser erinnern zu können. Dieses Buch ist für alle Einsteiger bestens geeignet, denn es führt den Leser/die Leserin auf anschauliche Weise in das Thema ein und ermöglicht durch viele eingestreute Übungen eine schnelle Aneignung dieser Methode. Eine Fülle von Beispielen und farbigen Illustrationen regt dazu an, diese Methode auszuprobieren und ihre Wirkung auf die Verbesserung der Gedächtnisleistung und die Erschließung der eigenen kreativen Potentiale zu testen. 6924

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM OKTOBER 1999

(K - mit Kreisergebnissen, G - mit Gemeindeergebnissen
 ☐ - auf Diskette lieferbar, ● - auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Schlachtungen in Hessen im August 1999, (C III 2 - m 8/99)	5,00 DM
Der endgültige Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf im Jahr 1999; Hauptanbau und Zwischennutzung, (C I 3 - j/99)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im August 1999, (F II 1 - m 8/99)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Juni 1999 (Vorläufige Ergebnisse), (G I 2 - m 6/99)	5,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juni 1999 (Vorläufige Zahlen), (G III 3 - m 6/99)	6,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im Juni 1999 (Vorläufige Zahlen), (G III 1 - m 6/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Juli 1999 (Vorläufige Ergebnisse), (G IV 3 - m 7/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Juli 1999 (Vorläufige Ergebnisse), (G I 1 - m 7/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung in Hessen im Juli 1999 (Vorläufige Ergebnisse) (G I 2 - m 7/99)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im August 1999 (Vorläufige Ergebnisse), (G I 1 - m 8/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im August 1999 (Vorläufige Ergebnisse), (G I 2 - m 8/99)	5,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im Juli 1999, (Vorläufige Zahlen), (G III 1 - m 7/99)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 1999, (Vorläufige Zahlen), (G III 3 - m 7/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im August 1999, (Vorläufige Ergebnisse), (G IV 3 - m 8/99)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 1999 (Vorläufige Ergebnisse), (H I 1 - m 7/99)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im August 1999, (Vorauswertung) (H I 1 - m 8/99)	5,00 DM
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern mit amtlichem Kennzeichen in Hessen am 1. Juli 1999, (H I 2 - hj 2/99)	6,00 DM
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk in Hessen im Mai 1999, (N I 2 - j/99)	6,00 DM
Sonstige Veröffentlichungen	
Hessische Kreiszahlen · Ausgabe I/1999 · 44. Jahrgang	12,00 DM
☐, Excel	18,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden